

Der FUNKE

TAGESZEITUNG FÜR RECHT, FREIHEIT UND KULTUR

„Der Funke“ erscheint sechsmal wöchentlich. Bei Ausfall der Lieferung infolge höherer Gewalt oder Streik kein Anspruch auf Entschädigung

Bezugspreis 2.— Mark monatlich, zuzüglich Zustellgebühr. Anzeigenpreise nach Vereinbarung. Platz- und Datenvorschriften ohne Verbindlichkeit

Redaktion und Verlag: Berlin S 14, Inselstr. 8a. Fernrat: F 7 Jannowitz 9909. Postcheckkonto Berlin Nr. 80460 (Internationale Verlagsanstalt G. m. B. H.)

NUMMER 277 B

BERLIN • Donnerstag, den 22. Dezember 1932

1. JAHRGANG

Die Waffe gegen Revolutionäre

Die Miliz der Schweiz.

Von Paul Stamford.

Am 9. November wurde die Arbeiterdemonstration in Genf durch das schweizerische Militär, die Miliz, blutig niedergeschlagen. In ungewöhnlich roher und rücksichtsloser Weise stellte es die „Ruhe und Ordnung“ wieder her — 12 Tote und über 60 Verletzte waren das Ergebnis. Provokierend und terrorisierend benahm sich die Miliz auch bei der Trauerfeier der Genfer Arbeiterschaft.

Das war das Verhalten der schweizerischen Miliz! Und gewiß werden sich die darüber wundern, die in diesem „demokratischen Volksheer“ das Vorbild friedlicher Volksbewaffnung sehen; vor allem aber dürfte es die Meinung vieler Sozialisten erschüttern, die Vorteile für die Arbeiterschaft darin erblicken wollen, wenn statt der Schupo oder des stehenden Heeres Miliztruppen zur Aufrechterhaltung der Ordnung im Innern eingesetzt werden. Die Schießerei in Genf hat deutlich gemacht, ein wie sicheres Instrument für die herrschende Klasse das Milizheer sein kann.

Der Aufbau des schweizerischen Heeres und der in ihm gepflegte Militärgestalt garantieren von vornherein weitgehende Zuverlässigkeit, und die „Neue Züricher Zeitung“ stellt die Miliz als „einwandfrei“ dar. Da die Schweiz als das klassische Land des Milizsystems gilt und überdies ein friedliches Land ist, ist eine Betrachtung ihrer Militärorganisation umso interessanter.

In der Schweiz besteht allgemeine Wehrpflicht; im Alter von 20 Jahren werden die Männer zur Militärausbildung eingezogen. Die Rekrutenzeit dauert 2 bis 3 Monate. Die Zugehörigkeit zur Miliz geht in der Regel bis zum 48. Lebensjahr, und zwar 12 Jahre als Wehrmänner im Auszuge und weitere 16 Jahre als Landwehr- und Landsturmmann. Wer seine Dienstpflicht nicht erfüllt, weil er dazu nicht tauglich ist, oder weil er sich weigert (was vor allem die Taktik der Pazifisten ist, die durch diese Gehorsamsverweigerung und die unvermeidlich damit verbundene Gefängnisstrafe die Genossen aufrütteln wollen), unterliegt einer besonderen Militärsteuer; die er jährlich, bis zum 40. Lebensjahr, zu bezahlen hat. Jedes Jahr finden 11 bis 14-tägige Wiederholungskurse statt, bei denen jeder Dienstpflichtige etwa zehnmal im Laufe der Jahre mitmachen muß. So werden jährlich etwa 180 000 Mann in den Dienst einberufen (die Schweiz hat rund 4 Millionen Einwohner). Während der ganzen Dauer der Dienstzeit behält jeder die Bewaffnung und die sonstige Militärausrüstung in Besitz. Nach Erfüllung der Dienstzeit erhält er sie als freies Eigentum. Neben dem Gewehr bekommt er freilich auch etwas von dem militärischen Geist mit nach Hause. So kommt es, daß sich der Schweizer dann auch recht als „Bürger im Wehrkleid“ fühlt.

In seinem Aufbau, seiner Gliederung und Verwaltung ist das Milizheer der Schweiz nicht sehr verschieden von anderen Heeresystemen. Auch in ihm wird oben befohlen und unten gehorcht. Die Demokratisierung der Miliz, mit Wahl der Offiziere durch die Mannschaft, mit Abschaffung der Militärgewalt in Friedenszeiten u. s. w., bleibt einstweilen die unerfüllte Forderung der Schweizer Sozialdemokratie. Unverkennbar herrscht im Milizheer der Schweiz der Militärgestalt und Kommandotone, freilich längst nicht an die Versteinertheit des alten preussischen Kommiss heranreichend. Aber auch hier findet der Nationalismus und Patriotismus eine wohlgedungte Pflegestätte. Gehorsam und Manneszucht gedeihen prächtig. Bezeichnend ist die Antwort, die ein Lehrer seinen Schülern gab: „Warum der Militärdienst so schön ist? Weil man dabei gar nicht zu denken braucht, sondern nur auszuführen hat, was andere befehlen!“

„Das Schönste in der Armee aber ist“, so drückte es der Bundesrat Minger einmal aus, „der Ausgleich der Gegensätze“. Die Volksgemeinschaftsideologie, die durch das Soldatenspielen gut gepflegt wird, täuscht in Wahrheit über die Klassengegensätze hinweg und hat in die schweizerische Bevölkerung vielfach eine Spießbürgerlichkeit getragen. Der Patriotismus der Schweizer ist harmloserer Art als der deutsche, er erfüllt sie mit Stolz auf das Land, den Kanton, „unsere“ Berge.

Durch das Milizsystem bekommt das Militär wohl einen bürgerlich-friedlichen Anstrich, andererseits wird aber das bürgerliche Leben mit militärischem Geist geschwängert. Die Milizoffiziere, die im zivilen Leben maßgebende Stellen einnehmen und in hohen Posten in Verwaltung und Schule sitzen tragen nicht unwesentlich dazu bei. Die Schuljugend genießt zum Teil einen obligatorischen Vorunterricht im Schießwesen.

Der soziale Schleicher-Kurs.

Hk. Vor einigen Tagen brachte der liberale englische „Manchester Guardian“ einen Artikel über den Schleicher-Kurs unter den Überschriften: „Neue Taktik in Deutschland.“

Falsche Vorspiegelungen. Ein „liberales Gewand.“ Unter ähnlichen Überschriften kann er über die neue Notverordnung berichten.

Diese erscheint im liberalen Gewand: Aufhebung des Republiksschutzgesetzes, der politischen Notverordnung vom 14. Juni (über Versammlungswesen, Presse, politische Verbände) und der Terror-Notverordnung vom 9. August. Die neue Verordnung bringt in der Tat manche Erleichterungen. Der gesamte von Severing im Republiksschutzgesetz geschaffene und in der bisherigen Hochverratspraxis gegen Kommunisten erprobte Apparat gegen Revolutionäre wird jedoch bei allem freihändlerischen Getue in allem Wesentlichen nicht angetastet.

1. Die Terror-Notverordnung

mit ihren barbarischen Strafen wird wirklich aufgehoben. Auch die Einrichtung der Sondergerichte ist durch eine besondere Verfügung vom 18. Dezember d. J. aufgehoben.

2. Die Versammlungsfreiheit

bleibt durch eine Bestimmung der Juni-Notverordnung beschränkt: durch die Bestimmung, wonach die Polizeibehörde befugt ist, in jede öffentliche Versammlung Beauftragte zu entsenden. Ein Grund, eine Versammlung aufzulösen, soll in Zukunft nur dann gegeben sein, wenn den polizeilichen Beauftragten die Zulassung verweigert wird. Die übrigen in der Juni-Verordnung festgelegten Auflösungsgründe (Aufforderung zum Ungehorsam gegen Gesetze, Beschimpfung von Staatseinrichtungen oder Kirchen, Aufforderung zu Gewalttätigkeiten sind gestrichen. Aber:

die bei den kommandierenden Generälen eingebürgerte Burgfriedenspraxis ist durch nichts ausgeschlossen.

Daß man sie weiter üben wird, dafür spricht bereits die Tatsache, daß der zur Zeit laufende Burgfriede nicht liquidiert worden ist.

3. Die sogenannte Pressefreiheit.

Die gesetzlichen Handhaben für Zeitungsverbote sind im Ganzen eingeschränkt worden. Aus dem Republiksschutzgesetz wird die Bestimmung übernommen, daß Veröffentlichungen, die den Tatbestand des „Hochverrats“ darstellen, einen Verbotgrund liefern. Die Hand des regierenden Generals erkennt man an der neuen Bestimmung der liberalen Notverordnung, wonach auch solche Artikel einen Grund zu einem Verbot liefern, die einen sogenannten Landesverrat oder einen „Verrat“ militärischer Geheimnisse enthalten. Pressefreiheit?

Es ist nicht erlaubt, öffentlich zu sagen, wo und wie in Deutschland Kriegsgeräte hergestellt werden.

Auch das kennzeichnet den neuen Kurs.

Beschimpfungen aller Art jedoch bilden in Zukunft keinen Verbotgrund mehr — aber die Redakteure können, wie das

bereits im Republiksschutzgesetz bestimmt war, mit Gefängnis bestraft werden, wenn sie den Reichspräsidenten, „das Reich“, „ein Land“, eine Verfassung, die Reichs- oder Landesfarben „beschimpfen“.

Neu ist eine Bestimmung, die wieder die Hand des Generals verrät:

auch die „Beschimpfung“ der deutschen Wehrmacht wird mit Gefängnis bestraft.

Das Recht der Regierungen, den Zeitungen Auflagen nachrichten zu diktieren, ist gefallen.

Und noch eins zum Thema Pressefreiheit: immer noch fesseln Ketten die Rotationsmaschinen kommunistischer Druckereien.

4. Das neue Republiksschutzgesetz.

Das alte „aufzuheben“, war eine billige Geste: am 31. Dezember wäre es von selber außer Kraft getreten, und die parlamentarische Aussicht, es zu verlängern, war schwach. Also hat man

seine wesentlichen Bestimmungen in die neue Verordnung hineingeschrieben.

Wer merkt denn das? Die Bestimmungen über die Auflösung hochverräterischer oder geheimer oder staatsfeindlicher Vereine sind übernommen; ebenso die Strafbestimmungen über die Teilnahme an aufgelösten derartigen Vereinen und an sogenannten Terrorgruppen.

Es erscheint zunächst als Milderung, daß der § 4 des Republiksschutzgesetzes, der die Teilnahme an einer staatsfeindlichen Verbindung mit mindestens drei Monaten Gefängnis bedroht, nicht mehr in der neuen Notverordnung steht. Dieser Paragraph hat in den Hochverratsprozessen gegen kommunistische Funktionäre immer eine große Rolle gespielt: der Funktionärkörper der KPD wird von den Herren vom vierten und fünften Strafsenat als eine staatsfeindliche Verbindung angesehen, der anzugehören auch dann strafbar ist, wenn diese Verbindung nicht — wie es das Republiksschutzgesetz und die neue Notverordnung zulassen — verboten ist. Die Strafbarkeit der Teilnahme an einer solchen Verbindung ist jedoch schon im Strafgesetzbuch (§ 129) begründet; was das Republiksschutzgesetz darüber hinaus an Verschärfung leistete, war nur die Festsetzung einer höheren Mindeststrafe.

Während also keine wesentliche Handhabe gegen Revolutionäre durch die neue Notverordnung preisgegeben worden ist, enthält sie nichts mehr, was die Nazis ernsthaft ärgern könnte.

Bestimmungen wie die Terror-Notverordnung und die Strafbestimmungen über Aufreizung zu Gewalttätigkeiten, Bestimmungen also, die sich auch gegen Nazis richteten, sind hingegen beseitigt worden. Auch das ist kennzeichnend für den neuen Kurs!

Der „Vorwärts“ und der christlich-gewerkschaftliche „Deutsche“ begrüßten das neue Elaborat des neuen Kurses, indem sie den von Hugenberg gelieferten Kommentar dazu unbeschoren abdruckten und demgemäß jubelten: „Die Versammlungs- und Pressefreiheit wird wiederhergestellt.“ Wer also meint, Hugenberg's Giftgas vergifte nur die kleinen Provinzblätter, irrt sich!

Die „Knabenschießen“ und Schützenfeste sind die regelmäßigen Volksfeste in der Schweiz. Das Milizsystem macht das Militärwesen nicht demokratisch, sondern nur populär.

In den Händen der reaktionären Führer wird die Miliz die feste Stütze der herrschenden sozialen Ordnung. Es war am 9. November 1932 nicht das erstemal, daß sich die schweizerische Miliz in der Niederschlagung von Arbeiterunruhen bewährt hat. Der Generalstreik von 1918 in Zürich wurde mit Hilfe des Militärs gebrochen. 1929 sollte ein „Rotes Treffen gegen den Faschismus“ in Basel stattfinden. Darauf erfolgte Zusammenziehung und Bereitschaft der Miliz in Basel, um das Treffen zu verhindern, was natürlich auch gelang.

Das Milizheer der Schweiz dient natürlich auch zur „Behauptung der Unabhängigkeit des Vaterlandes“. Die Schweiz hat seit einem Jahrhundert keinen Krieg geführt und bei all den kriegerischen Konflikten ihrer Nachbarstaaten Neutralität bewahrt. Das ist mehr auf die Friedenspolitik der Schweiz, die durch ihre geographische und politische Lage geboten war, als auf das Milizsystem zurückzuführen.

Vor kurzem hat der Offiziersstand der Miliz eine Broschüre mit dem Titel „Unsere Landesverteidigung“ heraus-

gegeben, die eigentlich eine Verteidigung des Heeres gegen die Angriffe von Pazifisten und Sozialisten und eine Verteidigung des hohen Wehretats der Schweiz darstellt. Die Schweiz gibt für ihre „Landesverteidigung“ nämlich 90 Millionen Franken aus (das sind 23 Prozent des Bundesbudgets).

Liest man die Broschüre, so hat man den Eindruck, als ob alle Nachbarstaaten darauf und dran wären, die Schweiz auseinanderzureißen und Teile davon sich einzuverleiben. Die Milizoffiziere produzieren in der Schrift einen ähnlichen Geist, wie ihn sonst Offiziere von stehenden Heeren und Söldnertruppen von sich geben. Sie haben für das Soldatenhandwerk dieselben Argumente. Selbst das Christentum muß wieder herhalten. „Von Christus ist uns kein Wort für, aber auch kein Wort wider die Landesverteidigung überliefert.“ Und „Den Hauptmann von Kapernaum hat Jesus um seines Glaubens willen gelobt.“ (S. 37.)

Zusammenfassend kann man von dem schweizerischen Milizheer sagen, daß es seinen Zweck, gemäß Artikel 2 der Bundesverfassung: „Behauptung der Unabhängigkeit des Vaterlandes nach außen und Handhabung von Ruhe und Ordnung im Innern“, im Sinne seiner kapitalistischen Regierung sehr gut erfüllt.

Spanische Katholiken in Aktion.

H. P. Während im Lager der Arbeiterschaft nicht die Einheitsfront Fortschritte macht, wohl aber der Zerfall in tausend Tendenzen und Sekten, bereiten sich die Katholiken in Spanien auf Wiedereroberung der ihnen in der Republik entrissenen Machtpositionen vor. Ihr Vorgehen ist sehr lehrreich.

Kürzlich fand in Madrid ein Kongreß der „Acción Popular“ (AP) statt, die sich früher „Acción Nacional“ nannte, aber durch ein Verbot der Benutzung des Wortes „nacional“ durch Privatvereine zur Aenderung ihres Namens gezwungen wurde. Etwa 500 Delegierte, darunter 112 Frauen, vertraten 619 000 Mitglieder. An den Kongressen der SP und der Gewerkschaften haben nur drei oder vier Frauen teilgenommen.

Die Diskussion zeigte, daß durchaus keine Einigkeit bezüglich der Staatsform besteht. Die Mehrheit hat sich mit der Staatsform „Republik“ abgefunden und bekämpft nur diese Republik. Die Formel dafür lautet: Achtung vor der Staatsform, aber schärfste Bekämpfung der Gesetzgebung, soweit sie sich den katholischen Zielen entgegenstellt. Es ist mit völliger Eindeutigkeit gesagt worden, daß jeder Akt der Gewalt von der AP abgelehnt wird und niemand Mitglied sein kann, der Gewalt gebrauche. Die Achtung vor der Republik schließt aber nicht die Befähigung dieser Staatsform ein. Weder Monarchie noch Republik bilde für die AP einen Gegenstand der Diskussion. Ihre Ziele sind die Wahrung der heiligen Güter: Religion, Vaterland und Familie. Zur Verwirklichung dieser Ziele ruft sie die Katholiken zur Mitwirkung auf und läßt die für die Erreichung der Ziele unwichtigen Meinungsunterschiede beiseite. Wir wissen alle, daß auch in der Republik die Wünsche der Kirche befriedigt werden können, ja sogar manchmal noch besser, als in einer Monarchie. Und in nichts anderem besteht das Vorbild, das uns der Gegner gibt: Klare Herausarbeitung des Zieles und dann Zusammenfassung aller verfügbaren Kräfte unter sorgfältiger Meidung aller Streitfragen, die für das Ziel unwichtig sind und zu einem anderen Zeitpunkt ausgetragen werden können. Wer möchte leugnen, daß diese Taktik einem ungeordneten und undisziplinierten Gegnerhaufen gegenüber große Aussichten auf Erfolg hat?

Die spanischen Katholiken geben zu, daß die Republik heute feststeht. Wir haben im „Funken“ nach dem Putsch von Sanjurjo geschrieben, daß den Katholiken dieses Unternehmen sehr unangelegen kommen mußte; dies wird heute von den Rednern im Kongreß bestätigt. „Alles Verlorene kommt auf das Konto des 10. August; unsere Taktik brachte uns von Sieg zu Sieg, und eine andere Taktik zerschlug das Gewonnene. Laßt uns unsere Taktik von gestern fortsetzen, die uns den Sieg von morgen bringen wird.“ Darum der völlige Verzicht auf Gewaltmaßnahmen, darum „Kapitulation“ vor den Machthabern. Die Kirche geht daran, auf der demokratischen Basis den Kampf aufzunehmen und beginnt, sich die Mittel zu schmieden, die für diesen Kampf nötig sind: die Massenorganisationen.

Hier die Ergebnisse der Diskussion über die Ziele dieser Organisation: Die „Acción Popular“ vertraut auf die Wirksamkeit der Propaganda, auf die emsige Arbeit der Organisationsleiter und der Ueberzeugung: Sie erstrebt die Revision der Verfassung und verlangt von der Regierung die Aufhebung des Republikschutzgesetzes. Um Verwirrung in den eigenen Reihen zu vermeiden, sollen die leitenden Personen der AP nicht öffentlich als Mitglieder anderer Parteien hervortreten. Gegenüber der Verfolgung, deren Gegenstand die Kirche ist, verlangt die AP energisch die Anerkennung der Freiheit und Persönlichkeit der Kirche bezüglich ihrer Lehre und ihrer Mittel, und verweist auf die Notwendigkeit, die Beziehungen des Staates zur Kirche durch ein Konkordat zu regeln. Die AP wird das Vordringen der weltlichen Schulen bekämpfen, deren Einführung die Gewissensfreiheit verletze, und ringt um die Unterrichtsfreiheit in allen Graden und um die Abschaffung aller Verfassungsartikel, die dem entgegenstehen. Für das katholische Schulwesen werden Zuschüsse aus dem Staatshaushalt gefordert. In ihrem Sozialprogramm werden alle Forderungen der Arbeiterklasse vertreten, wie sie in den Enzykliken der Päpste beschrieben sind. Schließlich erklärt sie noch mit Bestimmtheit, daß sie eine Außenpolitik, die den Frieden und die spanische Neutralität gefährden könne, verwirft.

Das den Cortes zur Beschlußfassung zugegangene Gesetz über die Ordensgesellschaften, wonach der Besitz der Kirche in Staatseigentum übergeht, aber der Kirche zur Benutzung überlassen ist, scheint in den katholischen Kreisen nicht sehr tragisch genommen zu werden. Diese Maßnahme sei, wie in einer katholischen Zeitung berichtet wurde, sogar von gewissen Vorteilen für die Kirche, denn es beständen manche Forderungen des Staates, die der „schlechten“ Finanzverhältnisse der Kirche wegen nicht bezahlt und nun auch nicht gepfändet werden können, weil der Staat doch seine eignen Güter nicht beschlagnahmen könne! Aus diesem Verhalten der Katholiken spricht das Vertrauen auf die Zukunft. Sie sehen diesen Zustand als vorübergehend an und hoffen, daß die heutigen Niederlagen in späteren Tagen wettgemacht werden.

Die Katholiken gestehen sich die Schwierigkeiten, mit denen sie zu kämpfen haben werden, offen ein. Die Geldmittel, die sie brauchen, fließen in Spanien nicht reichlich. Je energischer die Regierung gegen die Feudalen vorgeht, desto mehr Quellen versiegen. Aus dem Arbeitervolke kann die Kirche nichts schöpfen, weil nichts vorhanden ist, aus dem geschöpft werden könnte. Es kommt ihr deshalb darauf an, jeden Katholiken mobil zu machen und seine persönliche Betätigung anzuregen. Das ist der Kernpunkt der Diskussion

Auch der Neunzehner-Ausschuß vertagt.

Einsam wachte der Neunzehner-Ausschuß zur Behandlung des Mandschuri-Konflikts in Genf, nachdem alle anderen Ausschüsse des Völkerbundes das nahende Weihnachtsfest zum willkommenen Anlaß für die Vertagung ihrer völlig ergebnislosen Verhandlungen genommen hatten: nun hat auch er seine Schlußsitzung abgehalten, in der eine Entschließung angenommen wurde, welche nur dürrig die Tatsache verhillt, daß es dem Ausschusse keineswegs gelungen ist, einen sowohl für die chinesische als auch für die japanische Regierung annehmbaren Lösungsvorschlag für den Mandschuri-Konflikt auszuarbeiten. Die ursprünglich geplante Hinzuziehung der russischen und amerikanischen Vertreter zu den Verhandlungen ist nicht verwirklicht worden, da beide Regierungen kein Verlangen spürten, sich an der hoffnungslosen Arbeit des Ausschusses zu beteiligen. Der Ausschuß kann also seiner Aufgabe, der Vollversammlung des Völkerbundes Vorschläge zu unterbreiten, nicht genügen und hat diese Arbeit nun dem Präsidenten und Generalsekretär des Völkerbundes übertragen.

Indessen hat die mandchurische Regierung der japanischen Regierung vorgeschlagen, durch den Austritt Japans aus dem Völkerbund

„eine gemeinsame Grundlage für die beiden Länder und damit im Fernen Osten einen dauerhaften Frieden herzustellen“. Dieser offensichtlich von Tokio bestellte „Vorschlag“ der mandchurischen Regierung ist anscheinend eine Antwort auf das Versagen des Neunzehner-Ausschusses.

Auch in China äußert sich die Enttäuschung über das Versagen des Völkerbundes in einer lebhaften Agitation der Zeitungen für den

Austritt Chinas aus dem Völkerbund.

Eine italienische Zeitung zur „Gleichberechtigung“.

Nachdem die „Berliner Börsen-Zeitung“ der deutschen Regierung vorgeschlagen hat, den Ausweg aus der Isolierung Deutschlands in Rom zu suchen, beantwortet die italienische Zeitung „Tevere“ das ihrer Regierung entgegengebrachte Vertrauen mit einem, wie die „Telegraphen-Union“ meint, „interessanten Vorschlag“ zur Gleichberechtigung, der darauf hinaus läuft, auch in Frankreich eine entmilitarisierte Zone einzurichten.

Ueber einen solchen Vorschlag ließe sich reden, allerdings nicht so, daß der französischen Regierung von vorn-

über die Art der Propaganda. Gerade in letzter Zeit ist wieder viel von der katholischen Aktion die Rede. Der Geist des Bekenntertums soll in allen Katholiken erstehen. Nach außen hin zeigt sich dieses Bekenntertum in dem ostentativen Zurschauftragen des Kreuzifixes auf den mehr oder minder stolz gehobenen Brüsten der katholischen Damen der besseren Kreise. Treu und gehorsam baumelt es am Halse der alten Mütterchen und der ausgemergelten Arbeiterfrauen. Sie versehen auch ihre Kinder damit und werden nicht daran gehindert von dem der Kirche gegenüber gleichgültigen Ehegespons. Der Mann lacht und spottet über die Pfaffen, trieft vor Behagen über die Zoten, die sogenannte antiklerikale „Witzblätter“ machen, und tut sonst nichts. Die Frau hingegen betet geduldig für den Mann und hält sich im übrigen an die Ratschläge ihres Seelsorgers.

Vor kurzem konnte man die Beobachtung machen, daß auch zahlreiche Männer ein neues Kreuzesabzeichen trugen. An einem Sonntag vormittag konnte man auf einer bekannten Promenadenstraße in Madrid besonders viele solcher „Kreuzträger“ sehen. Offensichtlich handelt es sich um eine verabredete Demonstration.

Allen diesen Bemühungen der Katholiken könnte man kalten Blutes zusehen, wenn auf der anderen Seite sich der Wille regte, durch zweckmäßige Maßnahmen diesen Absichten zu begegnen. Das ist noch nicht der Fall, darum muß unsere Mahnung unaufhörlich wiederholt werden, bis die Gefahr erkannt ist und die Wege beschriftet werden, die dem Wiedererstarken der Kirche einen Riegel vorschieben.

herein die Absicht, Deutschland zu überfallen, unterschoben wird, wie „Tevere“ es tut. Die Friedensapostel der „BBZ“ schreiben: „Darum, daß Frankreich ein glänzendes Beispiel von Loyalität und Gerechtigkeit geben wird, glauben wir zwar nicht, aber wir glauben,

daß die Vernunft sich gegen Frankreich durchsetzen wird, wenn man in London und Washington zu einer ähnlichen Ueberzeugung gelangt.“

Engere Verbindung der Kleinen Entente beschlossen.

„Temps“ berichtet, daß auf der Belgrader Tagung der Kleinen Entente folgende Beschlüsse über die Neuorganisation der Entente gefaßt worden sind: In Genf wird ein ständiges Sekretariat der Kleinen Entente eingerichtet werden, außerdem in Prag, Belgrad und Bukarest je ein Ausschuß. Die Außenminister der drei Länder werden Mitglieder des Ständigen Rats der Kleinen Entente.

In Bukarest wird behauptet, daß die Bemühungen Jugoslawiens, die angeblich von Frankreich ausgehen sollen, die Kleine Entente, vor allem aber Rumänien, gegen Italien auszuspielen, gescheitert seien. Rumänien habe keine Neigung, sich nach irgend einer Seite hin festzulegen.

Roosevelt läßt Hoover im Stich.

Roosevelt hat den Wunsch Hoovers, seinen Namen mit unter die Hoover-Botschaft an den Kongreß zu setzen, nicht erfüllt. Während Hoover, damit beschäftigt ist, eine Schuldenkommission zusammenzusetzen, arbeiten Roosevelt und Owen D. Young gemeinsam ein Kriegsschuldenprogramm aus, das mit Amtsantritt von Roosevelt bekanntgegeben werden soll. Roosevelts Politik läuft darauf hinaus, den Schuldnerländern die Zahlung durch Senkung der Zollmauern zu erleichtern. Angeblich wird Roosevelt Young zum Sonderagenten für Verhandlungen mit den Schuldnerländern ernennen.

Der „Temps“ ist über die Hoover-Botschaft sehr enttäuscht, da sie keine nützliche Verhandlungsgrundlage darstelle. Wenn Hoover auf die Höhe der europäischen Rüstungsausgaben hinweise, so sei für diese die amerikanische Regierung selber mit verantwortlich, da sie es immer noch ablehne, die von Frankreich geforderten Sicherheitsgarantien anzunehmen.

Vor neuen Kämpfen in Jehol.

Die sowjetrussische Telegraphenagentur meldet, daß General Tschanghsueliang in der Gegend von Jehol Truppen zusammengezogen habe, um zum Gegenangriff gegen die Japaner gerüstet zu sein, die bekanntlich ihren Eroberungsfeldzug seit einiger Zeit auf Jehol ausdehnen.

Die Gefangenen.

Von Erich Weinert.

Die Zellenwände bauchen sich und fliehen,
Als ob sie atmeten, als ob sie schwängen.
Das dünne Mondlicht spielt mit den Gestängen
Und oben, wo die schwarzen Schatten hängen,
Steht er die Augen der Verzweiflung glühn.

Er drückt sein Antlitz fest in die Matratze,
Das alte Seegras riecht wie Wiesensumpf.
Hell wächst ein Landweg. Aber kalt und dumpf
Berührt des Grubelns rauchgeschwärzte Tätze
Das helle Bild und macht es wieder stumpf.

Er wirft sich hoch, stiert in die Dunkelheiten.
Da schwebt ein Riesenschädel, grau und fett,
Tief in die Stirn gezogen das Barett.
Und eine kalte Stimme hallt von weiten:
Ich will dir tausend Nächte Qual bereiten!

Er springt von seiner Pritsche, schlägt die Faust.
Die Stirn, das Ohr aus harte Fensterreisen.
Und wie der Nachtwind durch die Stäbe saust,
Fühlt er, wie die Gedanken nicht mehr kreisen.
Er fällt mit voller Kraft das kalte Eisen.

Beruhigt schaut er in die Nacht und spricht:
Ich weiß, du lauerst, du Barettgesicht,
Daß ich in diesem Totenhauso stürbe!
Du kannst mich martern, doch du zwingst mich nicht!
Auch tausend Nächte machen mich nicht müde!

Das weht wie warmer Wind in seine Zelle.
Das Klopfen fällt ins Herz wie heiße Tropfen.
Er hört, wie sie an tausend Wände klopfen.
Durch tausend Wände bricht's wie eine Welle,
Wie eines Morgenhimmels rote Helle:

Genossen, unzerstört stehn unsre Rechte
Durch tausend und durch abertausend Nächte!
Und wenn man einst aus diesem Rattennest
Als ausgebliebne Schatten uns entläßt,
Dann sind wir Schatten, aber keine Knechte!

Und wie's durch zehnmahl tausend Wände spricht,
So hallt es in Millionen Herzen wider.
Der Herzschlag unsrer zehnmahl tausend Brüder
Schlägt durch die Welt und schlägt den Kleinmut nieder
Und nährt der Klasse Kampf und Zuversicht!

Genossen, wenn der Nächte schwarzer Schauer
Durch eure Zellen krieche, dann horcht hinaus!
Millionen Fäuste schlagen an die Mauer!
Einst schlagen sie das Tor zum Grab heraus
Und helles Leben rauscht ins Totenhaus!
(Entnommen dem „Rote-Hilfe“-Pressediens.)

„Tierfreunde.“

Die britische „Königliche Gesellschaft für die Verhinderung von Grausamkeiten an Tieren“ hat beschlossen, folgenden Personen die Silberne Medaille für verdienstvolle Taten an Tieren zu verleihen:

Jean Chiappe, Polizeipräsident von Paris;
Louis Pespine, Vizepräsident des Bundes zum Schutz der Pferde, Paris;

Jules Raymond, Obertierarzt des Vaugirard Schlachthofes in Paris;

Désire Villeval, Oberpolizeinspektor von Vaugirard;

André Crétien, Oberinspektor von Vaugirard.
Welches sind die großen Verdienste dieser Männer? Sie haben sich bemüht, die Empfehlungen der „Königlichen Gesellschaft“ betreffend die Benutzung des „humane

skillers“ durchzuführen beim Schlachten der Pferde in Vaugirard. Vaugirard ist der Schlachthof von Paris, auf dem täglich etwa 500 Pferde ermordet werden, Pferde, von denen viele unter wochen- und monatelangen Qualen von Südamerika nach Frankreich transportiert werden, um dort auf menschenfreundliche Art geschlachtet zu werden. Bei diesem ganzen gemeinen Verfahren sieht die „Königliche Gesellschaft für die Verhinderung von Grausamkeiten an Tieren“ eine Grausamkeit also nur dann, wenn die Tiere nicht auf möglichst schmerzlosem Wege ungebracht werden und verleiht denjenigen, die ihren Beruf zu morden auf fortschrittlicherer Art ausüben, Silberne Medaillen!

Unser jüngster Mitarbeiter über Weltflüge.

Während des Verbots des „Funken“ erhielten wir von einem jungen Freunde folgende Zuschrift, die wir unseren Lesern nicht vorenthalten möchten:

„Von Gronau auf List a. Spth.“

Am 24. November waren wir mit der Schule in List, um einmal den Weltflieger von Gronau zu begrüßen. Hier wurde vom Badedirektor Westerlands eine Rede über Herrn von Gronau gehalten, worin vorkam: „Ein Mann, der soviel für den Aufbau Deutschlands getan hat, Herr von Gronau, ist in Deutschland noch keiner vorgekommen.“

Das Urteil darüber:

Dieser Mann hat wahrscheinlich von den Steuern, die die Leute noch eben bezahlen können, Geld erhalten zu einem Weltflug, während so viele Leute zur Wohlfahrt geben müssen oder keine Wohnung haben und sich nichts zu essen kaufen können.

Knud Obhof, den 7. Dezember 1932.“

DINTA und Freiwilliger Arbeitsdienst.

Am 25. November hielt die Gesellschaft der Freunde des DINTA (Deutsches Institut für technische Arbeitschulung EV) ihre 3. ordentliche Mitgliederversammlung ab, an der zahlreiche Industrielle, darunter Fritz Thyssen und Hugo Stinnes, teilnahmen. Generaldirektor Dr. Vögler betonte, daß das DINTA heute nicht mehr wegzudenken sei als „Säule unseres Wirtschaftslebens“.

Hans Grimm, der Verfasser von „Volk ohne Raum“, sprach über das Thema „Vom deutschen Kampf um die Persönlichkeit“. Er führte aus, eine wichtige Voraussetzung für „unsere nationale Zukunft“ sei die „Entproletarisierung“ des Volkes. Aufgabe der bürgerlichen Führung sei es, die Anhänger des Kollektivismus aus den Gebieten heraus, in denen noch verantwortlich gehandelt werde und wo noch persönliches Risiko gelte, so sehr zu überzeugen, daß sie die Bedeutung des Kampfes zwischen Kollektivismus einerseits und Persönlichkeitswert andererseits richtig erkennen und daß schließlich im letzten Augenblick ihre Entscheidung für den „Persönlichkeitswert“ falle.

Über die Arbeit des DINTA berichtete der Leiter des Instituts Dr. Arnold. Die Zahl der Mitglieder habe sich im abgelaufenen Jahre um 12 auf 429 erhöht. Dazu kämen noch 87 körperschaftliche Mitglieder. Die grundlegende Ausbildungs- und Erziehungsarbeit in den 150 über Deutschland und Oesterreich verbreiteten Lehr- und Anlernstätten habe durch Einführung der Vorlehre oder Nachlehre in der Notzeit vielfach eine nicht geringe Ausweitung erfahren. Einer besonderen Betrachtung unterzog der Vortragende sodann

den freiwilligen Arbeitsdienst (FAD) in seiner heutigen Form.

Die mit dem DINTA in enger Zusammenarbeit stehende Arbeitsgemeinschaft für Arbeitsdienst und Siedlung habe bereits fünf Arbeitslager in Betrieb, die nach den Ideen der DINTA geführt werden.

In Düsseldorf entsche zu Zeit eine neue Lagergruppe von weiteren fünf Lagern mit je 100 Mann Belegschaft. Weitere Lager in Westfalen, im Emsland, in Brandenburg und Oberschlesien seien in Vorbereitung.

In der Schlußansprache faßte Dr. Vögler die Forderungen aus den Vorträgen des Tages wie folgt zusammen: Umgebt den „deutschen Menschen“ mit dem, was „deutsche Art“ ist. Lassen Sie uns stets daran denken, daß unser Ziel das gleiche sein muß: Arbeit an sich, am Volke und am „Wiederaufbau der Nation“!

Wir halten diese Tagung des DINTA für so wichtig, daß wir den Bericht noch veröffentlichen, obwohl er infolge des vierwöchigen „Funken“-Verbots etwas verspätet kommt. Die Tätigkeit des DINTA im Freiwilligen Arbeitsdienst zeigt besonders deutlich, welche Gefahren von dieser Seite der klassenbewußten, gewerkschaftlich organisierten Arbeiterschaft und deren Nachwuchs drohen und wie wichtig Gegenmaßnahmen sind. Erst die Erkenntnis der Gefahr und die Kenntnis der Methoden des Klassenfeindes macht eine systematische und wirksame Abwehr

möglich. Es ist eine auffallende Erscheinung der Jahre nach dem Kriege, daß gewisse kapitalistische Kreise sich ganz unverhüllt auf den Boden des Klassenkampfes stellen, während sie früher ängstlich bemüht waren, die Tatsache der Klassenscheidung zu vertuschen, um bei den Arbeitern die Bildung eines Klassenbewußtseins und die zielklare Aktive, Beteiligung am Klassenkampf zu hintertreiben. Heute setzen sie selber ganz bewußt alle brauchbaren Verfahren der psychologischen und politischen Wissenschaften für den Kampf der kapitalistischen Klasse ein. Hierher gehören die Bestrebungen des DINTA ebenso gut, wie die Winke, die den Machthabern zur besten Wahrung der kapitalistischen Interessen in den „Deutschen Führerbriefen“ gegeben werden.

Beamtenlos im Faschismus.

M.H. Die Zeitschrift „Der Kommunalbeamte“ veröffentlicht den Beitrag eines in Italien lebenden ehemaligen Gemeindebeamten, der über die Arbeitsverhältnisse der Beamten im faschistischen Italien berichtet. Ein mittlerer Kommunalbeamter erhält nach einer Reihe von Dienstjahren monatlich 500 Lire, das sind 111 Mark; die unteren Beamten werden weit schlechter bezahlt; sie müssen mit einem Monatsgehalt von etwa 60 Mark zufrieden sein. Ein Lehrer mit Frau und zwei Kindern bekommt nach zehn Dienstjahren monatlich 144 Mark. Dabei sind die Lebensverhältnisse in Italien keineswegs besonders billig; sehr hohe Steuern belasten die Verbraucher.

Da fast alle Gemeinden mehr oder weniger bankrott sind, ist die Zahl der Beamten äußerst eingeschränkt worden. Dafür ist aber die Arbeitszeit für den einzelnen verlängert. Der Arbeitstag bei den Kommunalbeamten beträgt zehn, häufig sogar zwölf Stunden. Auch Sonntags wird oft gearbeitet. Infolge der geringen Bezahlung ist Nebenarbeit an der Tagesordnung. Der Berichterstatter schreibt, daß er keinen Kommunalbeamten kennen gelernt habe, der nicht einen ausgedehnten Nebenberuf hatte, um sich noch einige Mehreinnahmen zu verschaffen.

Ein besonderes System sorgt dafür, daß sich möglichst wenige Einwohner mit Beschwerden, Anfragen usw. an die Magistratsbehörden wenden: jede Anfrage, jedes Schreiben darf an Behörden nur auf amtlichem Stempelpapier mit einem Stempel von mindestens 3 Lire (0,60 Mark) gerichtet werden, andernfalls wird eine Strafe erhoben.

Wer nicht Faschist ist, kann selbstverständlich nicht Beamter werden. Selbst zu diesen jämmerlich bezahlten Posten führt nur das faschistische Parteibuch. Gesinnungszwang gerade für die Beamten ist ein Bestandteil des Systems. Als Trost verkünden ihnen allwöchentlich die Zeitungen, daß durch die Opfer seiner Staatsbürger der italienische Staat groß und mächtig worden würde — es fragt sich nur, ob diejenigen, die die Opfer bringen, dieselben sind, die von Macht und Größe des faschistischen Staates einen Vorteil haben, — vielmehr: das fragt sich nicht!

Deutsche Ko'onialpolitiker in Aktion.

Der Vorsitzende des Deutschen Bundes für Südwestafrika hat an die Vereingte Nationale Südwest-Partei einen offenen Brief gerichtet, in der diese vor der Verwirklichung ihres Planes, Südwestafrika als Provinz der Südafrikanischen Union anzugliedern, gewarnt wird. Die in dem Brief enthaltenen Argumente, mit denen zu beweisen versucht wird, daß ein solcher Anschluß nicht im Interesse von Südwest-Afrika liegen würde, verdecken nicht die wahre Ursache der Besorgnis des Briefschreibers: Solange Südwest-Afrika britisches Mandat ist, hoffen die deutschen Imperialisten, dieses Gebiet eines Tages zurückzuerhalten. Wenn es aber Provinz des britischen Dominion der Südafrikanischen Union würde, ging diese Hoffnung endgültig verloren.

SP-Regierung in Schweden.

Ganz wie in Deutschland.

Von einem Mitarbeiter aus Skandinavien erhalten wir folgenden Bericht:

Seit etwa drei Monaten hat Schweden eine hundertprozentig sozialdemokratische Regierung. Die sozialdemokratischen Arbeiter erwarteten beim Antritt dieser Regierung sicherlich, daß in der schwedischen Politik eine neue Aera beginnen werde. Jedoch bereits jetzt zeigt sich, daß der neue Ministerpräsident, der Sozialdemokrat Per Albin Hansson, schlecht und recht die Politik seines Vorgängers, des von Kreuzer bestochenen liberalen Politikers Ekman, fortzusetzen gedenkt. Darüber hinaus hat die sozialdemokratische Regierung in zwei schwerwiegenden Fällen Verrat an ihren Wählern begangen. Wenn heute Neuwahlen vorgenommen werden würden, so würde die Sozialdemokratische Partei mindestens 50 000 bis 70 000 Stimmen verlieren.

Der erste Fall hat gewisse Ähnlichkeit mit den blutigen Vorgängen in Genf. Im vorigen Jahr brach in einer kleinen schwedischen Ortschaft ein von den Gewerkschaften sanktionierter Streik aus. Die dortigen Arbeiter ließen auswärtige Streikbrecher kommen. Als die streikenden Arbeiter versuchten, geschlossen gegen die Streikbrecher aufzutreten, wurde Militär zum Schutz der Streikbrecher herangezogen. Zwischen den Soldaten und den unbewaffneten streikenden Arbeitern kam es zu einem Zusammenstoß, der mit dem Tod mehrerer Arbeiter endete. Die Vorgänge bekamen ein gerichtliches Nachspiel. Eine Anzahl Arbeiter wurde zu längeren Gefängnisstrafen verurteilt. Die Soldaten gingen selbstverständlich straffrei aus.

Sozialdemokraten und Kommunisten antworteten auf das Urteil mit einem Schrei der Entrüstung. Die sozialdemokratische und die kommunistische (KPO) Reichstagsfraktion bezeichneten es als ein Fehl- und Klassenurteil und forderten seine sofortige Aufhebung. Das wurde von der damaligen liberalen Regierung abgelehnt.

In der Propaganda zu der vorigen Reichstagswahl in Schweden spielten die blutigen Streikvorgänge und die im Anschluß daran gefällten Urteile eine nicht untergeordnete Rolle.

Mehrere der jetzigen sozialdemokratischen Minister setzten sich vor der Wahl für eine Amnestie der Verurteilten ein.

Jetzt, nach der Wahl, als schwedische Minister, haben sie Angst vor ihrer eigenen Courage bekommen. Ebenso wie ihre Vorgänger, die liberalen Minister, haben sie

die Amnestie abgelehnt.

Unter den sozialdemokratischen Arbeitern hat daraufhin ein umfassendes und anhaltendes Trommelfeuer gegen die Regierung eingesetzt. Überall im Lande erzwangen die sozialdemokratischen Arbeiter die Abhaltung von Protestversammlungen; auf allen diesen Versammlungen wurden Protestresolutionen angenommen, und als der Ministerpräsident auf einer der Versammlungen die Zuhörer beschwichtigen wollte, wurde er niedergeschrien, und zwar von den eigenen Parteigenossen!

Man kann wohl ohne Übertreibung sagen, daß 90 Prozent der Mitglieder der SP und der Gewerkschaften für die Amnestie kämpfen. Trotzdem lehnt die sozialdemokratische Regierung die Amnestie ab, und das von den Gewerkschaften subventionierte (!) sozialdemokratische Zentralorgan, „Socialdemokraten“, verweigert die Aufnahme von Protestresolutionen.

Außer der Amnestieforderung ist es die Frage einer Reform der schwedischen Staatskirche, die die Gemüter der sozialdemokratischen Wähler erhitzt. Die sozialdemokratische Wählerschaft forderte, daß der sozialdemokratische Kirchenminister, Engberg, einen Vorstoß unternehmen solle, um die Kirche vom Staate zu trennen, wie das Programm der schwedischen Sozialdemokratie es verlangt. Engberg denkt nicht daran. In einem Interview hat er sich im Gegenteil als Gegner einer Abschaffung der Staatskirche entpuppt.

Durch die arbeiterfeindliche Haltung der sozialdemokratischen Regierung ist die Stellung der schwedischen SP sehr ins Wanken geraten. Zusammen mit großen Massen der Mitglieder rückt auch eine ganze Reihe führender Funktionäre von den Ministern ab.

BRUNO GLUCHOWSKI
Hohlen-Kulis
 REVOLTE AN DER RUHR (37)
 COPYRIGHT 1932 BY FACKELREITER-VERLAG G.M.B.H., BERLIN W 10

„Was soll jetzt aus mir alten Kerl werden?“ fragt Wenzel, mit Gerling davongehend. Der zuckt die Achseln.

„Wirst stempeln gehen müssen, Kumpel, wie alle anderen auch.“

„Unmöglich — das kann doch nicht sein — vierzigjährige Arbeit auf einer Zeche werden sie doch nicht vergessen. Ein Verschen muß das sein“, brunnelt Wenzel vor sich hin. Sollst dich wundern, denkt Gerling. Und wenn du hundert Jahre hier gearbeitet hättest, wenn du alt und nicht mehr voll leistungsfähig bist, fliegst du auf die Straße. Er denkt es nur, denn sagen will er es dem alten Kumpel nicht. „Brauchst dich nicht drum zu grämen, Kumpel“, spricht er. „Hast deine Knochen lang genug abgeschuffet für die Zeche. Sei froh, daß du jetzt in Ruhe deine Pension und dein Stempelgeld verzehren kannst.“

„Das verstehst du nicht“, erwidert Wenzel. „Ich pfeif was auf den ganzen Mist, Geld allein kann mir nichts nützen, wenn ich keine Arbeit habe. Vierzig Jahre auf ein und derselben Zeche, die streicht man nicht so schnell aus dem Gedächtnis, da hat man ein Stück seines Lebens in die Arbeit hineingesteckt. Und darüber kann man sich so schnell wegkommen.“

Die Zechensirene heult; Ende der Mittagschicht und Beginn der Nachtschicht. Günther geht zum Schacht, der Alte verschwindet in der Waschkäule.

In der Grube sieht er ihn am Schacht wieder, wo er mit dem Nachtstoiger eines Reviers spricht. Der schüttelt den Kopf.

„Nee, nee, Wenzel, is kein Irrtum, die Kündigung hat schon ihre Richtigkeit. Von oben herunter is Befehl ge-

kommen, zuerst die Leute zu kündigen, die über 50 Jahre alt sind und Knappschaftspension beziehen. Tut mir ja leid, Wenzel, aber ich kann's nicht ändern.“

„Vierzig Jahre auf Zeche Westfalia, — und jetzt — aus“, bringt Wenzel mühsam hervor.

„Sie machen heute die letzte Schicht und treten von morgen ab ihren Urlaub an. Glück auf, Wenzel.“

„Glück auf“, erwidert der den Gruß, geht dem dunklen Schlund des Hauptquerschlages zu.

Während Gerling seine Arbeit verrichtet, die eine rein mechanische ist und daher den Gedanken völlige Freiheit läßt, steht das leidgequälte Gesicht des alten Wenzel plastisch vor seinen Augen. Ein Einzelschicksal, das Schicksal eines alten Arbeiters, und doch ist es ein Massenschicksal in der heutigen Zeit. Das Schicksal des alten Schießmeisters Karl Wenzel ist das Schicksal von Tausenden alter Bergarbeiter, die in der Zeit der Rationalisierung nicht Tempo halten können mit den Jungen und daher auf die Straße geworfen werden. Das Leid des alten Schießmeisters Karl Wenzel ist das Leid der gesamten Bergarbeiterschaft. Vor zehn, elf Jahren, als Günther Gerling seine erste Schicht in der Grube verfuhr, konnte man nicht genug Bergleute in die Gruben des Ruhrgebiets bekommen, holte sie aus allen Teilen des deutschen Landes zusammen, indem man ihnen gute Arbeit und hohen Lohn versprach. Es blieb allerdings nur bei dem Versprechen. Niemand von all den neuangelegten Kumpels dachte daran, daß er einmal arbeitslos werden könnte, denn in den ersten Jahren nach Beendigung des Krieges war der Schrei nach Kohle der stärkste im ganzen Lande. Der Kohlenbergbau, das war die Schlüsselindustrie des Ruhrgebiets und, man kann sagen, Deutschlands Bergarbeiterschaft bedeutete soviel wie lebenslängliche Anstellung. Die erste Schicht, es ist die, die Günther Gerling in seinem ganzen Leben nicht vergessen wird. Verschüttet wurde er während ihr lebendig begraben für neun Stunden. Mit den Grubenverhältnissen nicht vertraut, hat er in diesen neun Stunden alle Qualen des Bergarbeiterberufes zu spüren bekommen, ist er in diesen neun Stunden um Jahre gereift. Kumpels sah er verunglücken und sterben, sah ihre zerstückelten, zerschmetterten Körper und bis zur Unkenntlichkeit verstümmelten Gesichter. Frauen

und Kinder sah er an den offenen Gräbern in fassungslosem Schmerz zusammenbrechen. Und jedesmal, wenn ein Kumpel begraben wurde, war es ihm, als hätte man ihm einen lieben Bruder genommen. Verzweifelt haben die Kumpels gekämpft, damals im Streik von Zeche Rhenania. Rasender Hunger hat sie zur Plünderung getrieben, Jupp Strugalski ist erschossen worden von Landknechten, weil er seine Familie mit Schuhwerk versorgen wollte, ohne das Gold zum Bezahlen zu haben. Viele Männer und Frauen aus Rheinhofen sind in die Gefängnisse gewandert, weil sie für Stunden den Verstand verloren hatten und plünderten. Dann kam der Kapp-Putsch, der zum ersten Male eine einige Arbeiterschaft sah. Der Generalstreik wurde proklamiert, machte der kurzen Herrschaft der Reaktionen ein Ende. Arbeiterbataillone wurden formiert, bewaffnet, schlugen die Rebellen in blutigen Gefechten und retteten die Republik. Belagerungszustand und Standrecht wurde über das Ruhrgebiet verhängt; diejenigen bewaffneten Arbeiter, die jetzt die Zeit für Errichtung eines deutschen Sowjetstaates gekommen erachteten, wurden eines anderen belehrt, mußten ihre Waffen niederlegen. Die aber ihre revolutionäre Gesinnung nicht einsargen wollten und trotzdem noch kämpften, wenn auch aussichtslos, mußten es mit dem Leben oder mit dem Verlust der Freiheit büßen. Dann kam eine ruhige Zeit, in der die Arbeiterschaft einen Aufschwung nahm. Die Reaktionen aber schliefen nicht, entledigten sich unbehaglicher Minister durch Mordtaten.

Schwarze Reichswehr und Feme betrieben ihr blutiges Handwerk. Als im Ruhrgebiet die Nachricht von der Ermordung des Reichsministers Walter Rathenau eintraf, formierten sich in Rheinhofen und den umliegenden Gemeinden Tausende von Bergleuten in Grubenkleidung und mit brennenden Grubenlampen zu einem gewaltigen Demonstrationzug, marschierten in die Stadt. Sie verkörperten den Willen des arbeitenden Volkes, ihren Staat mit allen Mitteln zu verteidigen und jedem Angriff der Reaktionen von vornherein zu begegnen, damit das Vornovemberregime nicht wieder eingeführt werde und eine vergangene Epoche bleibe. Ruhige Zeiten folgten, in denen man friedlich seiner Arbeit nachgehen konnte.

(Fortsetzung folgt.)

Weitere Plünderungen von Lebensmittelläden.

In der Boxhagener Straße in Berlin wurden von jungen Burschen 26 Gänse abgeschlachtet, die vor einer Gänschlächterei hingen. Die Täter entkamen unerkant.

In der Liebenwalder Straße holten sich junge Leute Margarine und Eier aus einer Lebensmittelfiliale, wobei es zu Gewaltandrohungen seitens der Täter kam.

In der Weichselstraße in Berlin-Neukölln stahlen junge Burschen kurz vor Geschäftsschluß Wurstwaren und mehrere Flaschen Wein.

In Berlin-Schöneberg drangen 15 junge Burschen in ein Konfektionsgeschäft ein und stahlen, während zwei von ihnen den Inhaber mit Pistolen in Schach hielten, etwa zehn Mäntel und fünfzehn Anzüge. Die Täter konnten unerkant entkommen. Die Berliner Polizei hat eine Belohnung von dreihundert Mark ausgesetzt für Mitteilungen, die zur Verhaftung von Plünderern führen. Es ist zu fürchten, daß mancher Hungernde und Frierende sich auch durch die Androhung der Beköstigung und Unterbringung im Gefängnis von solcher „Selbstversorgung“ nicht abhalten lassen wird.

Das sind nur Ausschnitte aus der Wirklichkeit, manche Fälle derartiger Plünderungen kommen gar nicht zur Kenntnis der Öffentlichkeit.

Die „Vossische Zeitung“ schreibt zu den Plünderungen, es falle „die Tatsache auf, daß fast durchweg Filialen großer Lebensmittelhandlungen betroffen werden, womit die Plünderer offenbar den Beweis liefern wollen, es liege ihnen nicht an der Schädigung kleiner Geschäftsinhaber“.

Auch an anderen Orten kam es zu derartigen Plünderungen:

Vor einem in der Bahnhofstraße gelegenen Lebensmittelgeschäft in Zittau kam es am Sonnabend zu Krawallen. Ein Dutzend junger Burschen warf zahlreiche vor dem Geschäft stehende Säcke mit Nüssen auf die Straße, raubte einige Konservendbüchsen und zertrümmerte mit einer dieser Büchsen das große Schaufenster des Ladens.

Kurz vor Geschäftsschluß am Sonnabend drangen etwa 20 Personen in ein Lebensmittelgeschäft in Duisburg ein. Nach Abgabe eines Schreckschusses wurden der Inhalt der Ladenkasse und eine große Menge Lebensmittel geraubt. Die Polizei nahm vier an dem Raub beteiligte Personen fest.

Zahlen über die RGO.

Im folgenden bringen wir die Mitgliederziffern der RGO, wie sie auf dem diesjährigen Bezirksparteitag der KP in Berlin angegeben wurden:

	Berlin	insgesamt
Metal	28 000	78 000
Bau	9 800	42 000
Gemeinde, Verkehr, Hafen, Wasser	15 200	42 000
Post und Staat	950	6 500
Chemie	700	8 000
Holz	5 500	12 000
Textil	800	10 800
Graphik	1 800	6 500
Eisenbahn	2 600	15 000
Nahrungs- und Genußmittel	6 200	17 200
Leder	150	2 500
Handel	5 800	16 700
Banken	900	2 800
Film, Bühne, Musik	850	3 500
Land	150	4 500
Bergbau	—	4 500
zus. 79 350		322 000

Von diesen Mitgliedern sind durchschnittlich 50 Prozent erwerbslos. Nach Angaben der KP beträgt die Mitgliederzahl der RGO 7 Prozent derjenigen des ADGB, es ist den Kommunisten also trotz mehrjähriger Tätigkeit nicht gelungen, hinreichend viele Arbeiter von den Freien Gewerkschaften loszuziehen, um entscheidenden Einfluß in der Gewerkschaftsbewegung zu erlangen. Allerdings zeigen auch die verschiedenen, von der RGO ausgelösten Streiks, daß die gewerkschaftliche Schlagkraft nicht allein von der Zahl der Mitglieder abhängt. Es käme darauf an, die Aktivität der RGO-Kollegen mit der Besonnenheit und ungleich größerer Erfahrung vieler Freigewerkschafter zusammenzubringen, um so die Gewerkschaften selber zu aktivieren und zum Kampf zurückzuführen, wie er in der Satzung der Freien Gewerkschaften festgelegt ist. Dazu wäre aber der Verzicht auf die RGO- und jede sonstige Fraktionspolitik unerlässlich.

Streik bei Nordwolle in Bremen.

Ein beträchtlicher Teil der Belegschaft der Norddeutschen Wollkammerei und Kammgarnspinnerei in Delmenhorst ist in den Streik getreten. Die Werksleitung wollte in der Zwirnerei eine „Umorganisation“ vornehmen, mit der sich die Arbeiter dieser Abteilung nicht einverstanden erklärten und die Arbeit niederlegten. Ihnen schlossen sich andere Arbeiter an, im ganzen etwa 600. Die Werksleitung stellte den betroffenen Arbeitern die Kündigung zu. Verhandlungen der Gewerkschaften haben am Dienstag dazu geführt, daß die Werksleitung sich bereit erklärte, die gekündigten Arbeiter „nach Bedarf“ wieder einzustellen.

Aussperrung im Kölner Installationsgewerbe.

Der Schlichtungsausschuß hatte einen Schiedsspruch gefällt; nach dem sich die Stundenlöhne um 10 Prozent kürzen. Die Gewerkschaften haben den Schiedsspruch abgelehnt, die Installationsfirmen haben ihn angenommen. Daraufhin haben einige Firmen die Aussperrung vorgenommen, um die Lohnkürzung durchdrücken zu können. Alle übrigen Firmen zahlen den alten Lohn weiter.

Verantwortl. Schriftleiter: Willi Fiebler Berlin Anzeigen: P. Linemann, Berlin Verl.: Internationale Verlagsanstalt GmbH, Berlin S 14 Inselstr. 2a. Tel.: P 7 Jannowitz 5909 Druck: A. Janiszewski, Buchdrucker und Verleger GmbH, Berlin SO 36 Elisabethufer 26/29.

Unterschlagungen eines Hochschulrektors.

Der Oberpräsident der Provinz Ostpreußen teilt mit, daß der ehemalige Rektor der Handelshochschule in Königsberg, Prof. Schack, in diesem Jahr aus einer nichtamtlichen Kasse der Gesellschaft der Freunde und Förderer der Handelshochschule Beträge in Höhe von insgesamt 5500 Mark anscheinend für seine privaten Zwecke entnommen habe.

Auf Veranlassung des Ministers sei darauf vom Oberpräsidenten ein Ermittlungsverfahren eingeleitet worden. Prof. Schack sei als damaliger Rektor der Handelshochschule zur selbständigen Entnahme von Geldern aus den Kassen berechtigt gewesen, soweit sie den Zwecken dieser Kasse entsprach. Nach den Ermittlungen ist das jedoch nicht der Fall gewesen. Prof. Schack habe angegeben, daß er beabsichtigt hätte, das entnommene Geld wieder in die Kasse zurückzulegen, dazu aber nicht in der Lage gewesen sei. Prof. Schack habe ferner auf sein Gehalt und die Kollegengelder Vorschüsse erhalten, die er ebenfalls noch nicht habe zurückzahlen können. Ueber die Angelegenheit sei dem jetzt für die Handelshochschule zuständigen Minister für Wissenschaft, Kunst und Volksbildung Bericht erstattet worden, in dessen Händen die weitere Entscheidung läge.

Kirchliche Reaktion zur Geburtenregelung.

(DFV.) Die Vereinigung St. Kosmas und Manian der katholischen belgischen Apotheker nahmen in ihrer Generalversammlung eine Reihe von Entschlüssen an, die künftig als Richtlinien für die Apotheker zur Frage der Empfängnisverhütung zu gelten haben. Sie verpflichten sich demnach:

1. Keinerlei Ware zu verkaufen, die für die Empfängnisverhütung bestimmt ist.
2. Bei den Lieferanten solcher Artikel werden Schritte unternommen, daß sie künftighin die Belieferung mit solcher Ware unterlassen.
3. Der Kampf gegen die verwerflichen Artikel und Mittel ist Hand in Hand mit der katholischen Ärzten und der katholischen Aktion zu führen.
4. Bei den katholischen Parlamentsmitgliedern sind sofort Schritte zu unternehmen, um ein Gesetz zu erlangen, welches den Verkauf solcher Mittel radikal verbietet.
5. Es ist ferner darauf hinzuwirken, daß an den Universitäten ein Kursus für arzneikundliche Pflichtenlehre abgehalten wird.

Achtung!

Zu Weihnachten: Kirchengaustritt!

Wie der Deutsche Freidenker-Verband mitteilt, sind in diesem Jahre die Anfragen wegen des Kirchengaustritts besonders zahlreich. Der DFV veranstaltet daher in Berlin an folgenden Tagen Kirchengaustrittsabende:

Am Mittwoch, dem 21. Dezember; am Donnerstag, dem 22. Dezember; am Freitag, dem 23. Dezember; am Samstag, dem 24. Dezember; am Sonntag, dem 25. Dezember; am Montag, dem 26. Dezember; am Dienstag, dem 27. Dezember; am Mittwoch, dem 28. Dezember; am Donnerstag, dem 29. Dezember; im Freidenkerhaus, SW 29, Gneisenaustr. 41; im Lokal Franz Carus, N 31, Voltastr. 19; im Lokal Rößler, N 113, Schivelbeiner Straße 3; im Lokal Wittschuß, O 34, Petersburger Straße 5; im Jugendheim Charlottenburg, Rosineustr. 4 I; im Kreisbüro Neukölln, Fuldastr. 55/56 (Idealpassage); im Lokal Schmidt, N 4, Borsig-Ecke Tieckstraße; von 19 bis 20 Uhr.

Zukünftig ist laufend Gelegenheit geboten: Mitte: jeden 1. und 3. Freitag von 19½ bis 20½ Uhr im Lokal Schmidt, N 4, Borsig-Ecke Tieckstraße; Lichtenberg: jeden 1. und 3. Montag von 19 bis 20 Uhr in der Bibliothek Weichselstr. 23; Wedding: jeden Montag, Dienstag, Donnerstag und Freitag von 18 bis 19 Uhr Reinickendorfer Straße 118, jeden 1. und 3. Montag von 19 bis 20 Uhr im Lokal Franz Carus, Voltastr. 19; Prenzlauer Berg, Weißensee, Pankow: jeden Montag von 18 bis 20 Uhr im Lokal Rübel, Schivelbeiner Straße 3; Friedrichshain: jeden 1. und 2. Montag von 18 bis 20 Uhr im Lokal Wittschuß, Petersburger Straße 5, jeden Dienstag und Freitag von 19 bis 20 Uhr Große Frankfurter Straße 141 v. II; Kreuzberg: jeden Montag und Donnerstag von 19 bis 20 Uhr im Freidenkerhaus, Gneisenaustraße 41; Charlottenburg: jeden Sonnabend von 17 bis 18 Uhr im Jugendheim, Rosinenstraße 4 I; Spandau: Auskunft erteilt Heinrich Salzmann, Zeppelinstraße 7; Neukölln, jeden Dienstag von 18 bis 19 Uhr Kreisbüro, Fuldastraße 55/56 (Idealpassage); Tiergarten: jeden Montag und Freitag von 17 bis 19 Uhr bei Rechtsanwalt Dr. Pick, Brückenallee 13.

Jagdgewehr in Kinderhand: Ein Todesopfer.

Der elfjährige Sohn eines Bäckermeisters in Kamen legte die im Zimmer befindliche, geladene Jagdflinte seines Vaters auf eine Hausangestellte an und tötete die Bedienstete auf der Stelle durch einen Schrotschuß aus nächster Nähe. Mit dieser unheilvollen Tat wird auch das Gemüt des halbwüchsigen Jungen aufs schwerste belastet, so daß man von zwei Opfern des Jägerleichtsinn sprechen kann.

Feinbesohl-Anstalt
und Schuhfärberei
HANS SACHS
Berlin SW / Dresdener Straße 111
garantiert für erstklassige Arbeit

Nähmaschinen
Reparaturen / Reinigung
Ersatzteile
gut schnell billig
EUGEN GEHM
Frankfurt a. M. - Riederwald
Einzelnplatz 12

Groß-Haushaltungen, Gemeinschaften, Landhelme, Ferien-Lager, Schulen u. s. w.
erhalten
Reform-Nahrungsmittel
zu Ausnahme-Preisen.
Bitte, Sonder-Liste anfordern!

Maßarbeit erstklassig und billig
Herren - Anzüge, Mäntel, Damen-Kostüme, Aufbügeln und Reparaturen
Alfred Arensberg
Berlin-Reinickendorf-Ost
Hinter der Dorf-Aue 14

Frischkost-Reformhaus
Magdeburg
Otto v. Guerickestr. 104.

Oberhemdenstoffe, Tricoline, Flanelle, Oxfords
günstige Posten Macoluch kauft man gut und billig bei
Kurt Levy, Berlin O 112
Scharnweberstr. 16/17.

Reparaturen v. elektr. Bügeleisen, Klingelanlagen usw.
Spezialität:
Anfertigung mod. Tisch- und Nachttischlampen
G. Funke, Elektrotechniker
Göttingen, Judenstraße 3, III.

Jeder Tierschützer lese unsere Schriften über das Jagdvergnügen.
Ist die Jagd ein edles Vergnügen? Flugblatt, kostenfrei
Die Verwerflichkeit des Jagdvergnügens,
insbesondere der Hetzjagden. Von Magnus Schwadje. Rede auf dem Internationalen Tierschutz-Kongress in Kopenhagen im Juli 1911. 28 Seiten. 60 Pf. — Die einzige deutsche Schrift, die gründlich über die bei der Jagd millionenfach verübten Tierquälereien berichtet und Mittel zu ihrer Bekämpfung vorschlägt. Sie weist nach daß bei der Jagd ebenso grauenhafte Tierquälereien massenhaft verübt werden wie bei der Schächtung.
BUND FÜR RADIKALE ETHIK, E. V., BERLIN W 15,
Düsseldorfer Straße 23. — Postscheckkonto Nummer 567 71. Berlin

Bürobedarfsartikel
Reparaturen und Reinigung von Schreibmaschinen
C. Lotze
Göttingen
Johannisstr. 2

Butter, Käse, Eier, Landbrot
Anfertigung eleganter Damengarderobe und Reformkleidung
J. Fürchtenicht
Göttingen, Nikolausberger Weg 87.

Warum werfen Sie Ihr Geld weg
für minderwertige Konfektionskleidung?
Sie erhalten bei mir z. B. eine Kniebockerbosse nach Ihren Maßen und genauesten Wünschen, von besserem Stoff und besser verarbeitet, für fast dasselbe Geld.
Rudolf Schönhelt
Herren- und Damen-Maßschneiderei
Magdeburg, jetzt Johannisbergstr. 10 III

„Haltet Euch gesund durch naturgemäße Kost“
Reformhaus Gesundheitsquelle
Berlin, Köpenicker Straße 96

BERLIN
KAMERA
Unter den Linden 14 - A 1 Jäger 2987
Ab 16. Dezember:
Zwei russische Standardwerke
Der Mann, der das Gedächtnis verlor
m. Nikitin u. Samonowa / Regie: Fr. Ermler
Turksib
Die Symphonie eines Aulbaues
Von V. Turin und B. Balász
Antennenzeiten: 15 17 19 und 21 Uhr

Freunde und Leser des „Funken“
Unterstützt Eure Zeitung!
Werbt Abonnenten. Sammelt Anzeigen! Bevorzugt bei Einkäufen unsere Inserenten!



POLITISCH WIRD DER MENSCH GESCHEITER DURCH BÜCHER MIT DEM FACKELREITER

Lassen Sie sich bald einmal den reichillustrierten Katalog kostenlos schicken vom
FACKELREITER-VERLAG, BERLIN W 15

Neuerscheinung:

LEO TROTZKI Über Lenin

Material für einen Biographen.
Mit 8 Bildern. 172 Seiten.
Broschiert 1,50 Mark. Ganzleinen 2,— Mark.

Dieses Buch LEO TROTZKIs ist in einer deutschen Ausgabe bereits einmal erschienen, aber seit der politischen Verurteilung TROTZKIs und seit seiner Ausweisung aus der Sowjet-Union nirgends mehr erhältlich. Die Aufzeichnungen TROTZKIs über seinen Lehrer und den Meister der russischen Revolution sind bei all ihrer Kürze das überzeugendste Dokument, das wir — außer in LENINs eigenen Schriften — über die Entwicklung der russischen Revolution besitzen.

Inhalts-Verzeichnis:
Vorbemerkung — Vorwort.
LENIN und die alte „Iskra“:
Rund um den Oktober. — Vor dem Oktober. — Der Umsturz. — Brest-Litowsk. — Die Verjagung der Konstituierenden Versammlung. — Regierungsarbeit. — Die Tschechoslowaken und die Linken Sozialrevolutionäre. — LENIN auf der Tribüne. — Der Philister über den Revolutionär.
Anhang: Ueber den Fünfzigjährigen. — Ueber den Verwundeten. — Ueber den Kranken. — Der Tote.

Verlag Öffentliches Leben, Berlin SW 19, Inselstraße 8a.
Postscheckkonto: Berlin 318 42.

Amnestie auch im Reichsrat „gebilligt“.

Der Reichsrat hat in seiner am Dienstag abend abgehaltenen Vollsitzung mit 41 gegen 19 Stimmen (Bayern, Württemberg und Baden sowie der preußischen Provinz Brandenburg, bei Enthaltung der Länder Braunschweig und Mecklenburg-Strelitz, sowie der preußischen Provinz Hannover) beschlossen, Einspruch gegen das vom Reichstag beschlossene Amnestiegesetz nicht einzulegen.

Zur Annahme kam eine von dem Berliner Oberbürgermeister Sahm eingebrachte Entschließung, die ernste Bedenken gegen die Reichsamnestie ausspricht, von einem Einspruch jedoch absieht, da durch denselben die Amnestie doch nicht verhindert, sondern nur hinausgeschoben werden könne, was aber im Interesse der politischen Entspannung und Beruhigung vermieden werden müsse.

Bemerkenswert ist an dem Abstimmungsergebnis die Stimmenthaltung des Vertreters der preußischen Provinz Hannover, das ist nämlich Herr Nöske's Herrschbereich!

Aus dem preußischen Justizministerium wird mitgeteilt, daß bereits alle Vorbereitungen für den Fall der Verkündung der Amnestie getroffen worden seien, sodaß die in Haft be-

findlichen Personen noch vor Weihnachten entlassen werden könnten.

Der Reichsbankpräsident Luther hat sich vor einigen Tagen gegen eine Amnestie für Devisenschlepper ausgesprochen. Wie von zuständiger Stelle mitgeteilt wird, ist es Sache des Reichsjustizministers, über die Vergehen in Devisenangelegenheiten zu entscheiden.

Im sächsischen Landtag kam ebenfalls eine Amnestievorlage zur Annahme, die in einigen Punkten sogar über die Reichsamnestie hinausgeht.

Im württembergischen Landtag wurden am Dienstag nachmittag Anträge der Nationalsozialisten, der Kommunisten und der Sozialdemokraten mit 41 gegen 31 Stimmen angenommen. In denen gefordert wird, daß die württembergische Regierung ihren Einspruch gegen das Reichsamnestiegesetz zurückziehe und ihre Vertreter im Reichsrat anweise, für das Amnestiegesetz zu stimmen. Daraufhin erklärte Staatspräsident Bolz, daß die Regierung sich weigere, einen solchen Beschluß auszuführen. Der Landtag solle sich eine andere Regierung wählen, wenn er Derartiges fordere.

Weiterarbeiten für die Opfer der Klassenjustiz!

Wir erinnern an die Genossen, die trotz der Amnestie hinter den Mauern bleiben. Das sind vor allem:

1. Alle, die wegen politischer „Vergehen“ oder wegen Taten bei wirtschaftspolitischen Kämpfen zu mehr als fünf Jahren Freiheitsstrafe verurteilt worden sind:

Schmidtko und viele, die auf Grund nationalsozialistischer Zeugnisaussagen für zehn und mehr Jahre ins Zuchthaus geschickt wurden, oder die — wie neulich der Maurer Seidel in Waldenburg — gelegentlich der Verhinderung einer Exmitterung die Hand gegen einen Polizeibeamten erhoben haben und dafür nach der Terror-Notverordnung zehn Jahre Zuchthaus erhielten. Die „Rote Fahne“ bringt eine Liste von 28 linksstehenden Arbeitern, die unter dem Terror der Terror-Notverordnung zehn Jahre Zuchthaus und mehr erhalten haben.

2. Alle, die wegen Straftaten aus wirtschaftlicher Not zu mehr als sechs Monaten Gefängnis verurteilt worden sind.

Und wer entscheidet, ob die Tat aus wirtschaftlicher Not geschah?

3. Alle, die wegen eines Tötungsvergehens bestraft worden sind.

Bartl wird nicht amnestiert!

4. Alle sogenannten Landesverräter aus Eigennutz.

Bullerjahn z. B. wäre nicht amnestiert worden, da das erste Urteil gegen ihn Trachten nach Gelderwerb als Beweggrund für den angeblichen Verrat behauptete.

5. Alle „Hochverräter“, die versucht haben, Reichswehr oder Polizei zu zersetzen.

Wird z. B. das Verfahren gegen Renn eingestellt? Das hängt davon ab, ob man ihm Zersetzungsversuch vorwirft.

6. „Kriegsverräter“.

Neulich wurden wir daran erinnert, daß es in der Republik noch das alte Militärstrafgesetzbuch gibt. Der am Sonnabend wegen „Kriegsverrat“ verurteilte Kraftfahrer Jäger fällt unter keine Bestimmung dieser oder einer früheren Amnestie. Er ist vergessen, wie er auch von der Presse so gut wie völlig vergessen wird!

7. Alle, die sich gegen das Sprengstoffgesetz vergangen haben.

Sie alle sehen ihre glücklicheren Genossen in die Freiheit wandern. Welches Maß an Qual und Unrecht umschließt diese Liste der Ausnahmen! Weiterarbeiten! Weiterhelfen!

Wieder kommunistische Funktionärversammlung aufgelöst.

Der „legale“ Terror gegen die KP nimmt seinen Fortgang. In Gotha wurde eine von der Unterbezirksleitung der KPD in Thüringen einberufene Delegiertenkonferenz von der Polizei aufgelöst, weil angeblich Erwerbslosendemonstrationen vor Weihnachten vorbereitet werden sollten. Der kommunistische Abgeordnete im Thüringer Landtag Rösel wurde verhaftet.

Acht Kommunisten verhaftet.

In Ziebingen bei Guben wurden dieser Tage im Anschluß an Haussuchungen, bei denen angeblich belastendes Material gefunden wurde, acht Kommunisten verhaftet, unter ihnen der Ziebingener Kommunistenführer Kipsch.

Zusammenstöße vor der Landwirtschaftlichen Hochschule.

Vor der Berliner Landwirtschaftlichen Hochschule, die von sehr vielen Söhnen von Junkern besucht wird, kam es am Dienstag nachmittag zu Zusammenstößen zwischen Studenten und jungen Antifaschisten.

Kommunistische Demonstrationen in Berlin.

Am Dienstag abend bildeten sich in Berlin an mehreren Stellen der Stadt Demonstrationzüge, so vor allem größere an zwei Stellen in Neukölln. Die Polizei griff wiederholt mit dem Gummiknüppel ein.

SA und SS in Senftenberg aufgelöst.

Die NSDAP hat die SA- und SS-Formationen in Senftenberg aufgelöst wegen „unliebsamer Zwischenfälle“.

SA-Heim als Diebesnest.

In der Nacht zum Sonnabend nahm die Polizei eine überraschende Durchsuchung des SA-Heimes in Volkmarstein vor, da festgestellt worden war, daß von diesem Heim aus Diebstahlsfahrten ausgeführt worden waren. Unter dem Kopfkissen eines SA-Mannes wurde eine scharf geladene Mausepistole gefunden. Vier der SA-Leute wurden verhaftet und haben bereits mehrere Einbruchsdiebstahle eingestanden. Das Heim wurde polizeilich geschlossen.

Devisenschlebung aufgedeckt.

In Bad Godesberg am Rhein wurde eine Effektschlebung entdeckt. Ein Major a. D. Niemöller hat unter Umgehung der Devisenbestimmungen im Ausland IG-Farben-Aktien aufgekauft, nach Deutschland zum Verkauf gebracht und das Erlöste Geld wieder ins Ausland verschoben. Niemöller ist nach Aufdeckung der Schlebung geflüchtet. In die Sache verwickelt ist noch der Direktor Kindgen einer in Konkurs geratenen Bonner Bank und der Notar Möller aus Waldbröl, der bei Vermittlung des Verkaufs der Wertpapiere mitgewirkt hatte. Möller versuchte, sich das Leben zu nehmen, und mußte in eine Heilanstalt gebracht werden.

Riesiger Zigaretten schmuggel.

Die Zollfahndungsstelle Köln hat einen umfangreichen Schmuggel mit belgischen Zigaretten aufgedeckt, durch den nachweisbar 350 000 Zigaretten geschmuggelt wurden. Mehrere Verhaftungen wurden vorgenommen. — Ein weiteres Schmuggellager wurde in der Aachener Straße in Köln ausgehoben, über 80 000 belgische Zigaretten beschlagnahmt und der Schmuggler festgenommen.

Recht für Ferdinand Bartl.

Fort mit dem Todesurteil.

Als eine Stimme im Namen der rechtlich Denkenden zitieren wir einen Abschnitt aus einem Brief, den Professor Franz Oppenheimer an die Internationale Hilfsvereinigung als Antwort auf ein Rundschreiben zu dem Todesurteil gegen Bartl gerichtet hat:

„Wenn die Verhältnisse sich so abgespielt haben, so liegt m. E. ein klarer Fall von Notwehr, mindestens putativer Notwehr vor. Dann hätte der unglückliche Schütze freigesprochen werden müssen. Man könnte allenfalls noch verstehen, wenn unter Verneinung der Notwehr auf Körperverletzung mit tödlichem Ausgang, oder gar auf Totschlag erkannt worden wäre, obgleich auch das nur durch eine starke Pressung der Tatsachen hätte möglich sein können, immer vorausgesetzt, daß Ihre Schilderung vollkommen den Tatsachen entspricht. Wie aber das Gericht zu einer Verurteilung wegen Mordes gelangen konnte, ist völlig unbegreiflich.“

Noch unglaublicher ist Ihre Darstellung, wonach es gerichtsnötig und durch die Aussagen sogar der gegnerischen Zeugen festgestellt ist, daß nicht Bartl selbst, sondern sein Kamerad den unglücklichen Schuß abgegeben hat. Wenn das der Fall ist — aber

ich kann mich nicht entschließen, daran zu glauben — dann handelt es sich um ein Fehlurteil, das die grimmigste Empörung

jedes rechtlich denkenden Mannes erwecken muß. Wenn es feststeht, daß Bartl der Schütze nicht gewesen ist, so muß die Revision des Urteils erzwungen werden —

oder Deutschland hat endgültig aufgehört, ein Rechtsstaat zu sein.“

Zur Verhaftung des Abgeordneten Schehr.

Der Immunitätsbruch, der von der Berliner Polizei und dem Oberreichsanwalt gegenüber dem kommunistischen Abgeordneten Schehr verübt worden ist, wird von der Presse mit einer jammervollen Protestlosigkeit aufgenommen. Der „Vorwärts“ beschränkt sich auf die Mitteilung, daß die Behörden (!) — also diejenigen, die im Sommer den nächtlichen Einbruch in den Reichstag ebenfalls „für zulässig gehalten“ haben — die Verhaftung Schehrs für zulässig hielten, „weil er, wie behauptet wird, auf frischer Tat gefaßt worden sei“. Wir sind überzeugt, daß die Behörden solche Aktion nicht begehen, ohne sich die genannte Ausrede zurechtzulegen. Das Entscheidende aber ist, daß sie kein Wort der Rechenschaft hervorbringen, um welche „frische Tat“ es sich eigentlich handelt. Der Untersuchungsrichter hat auf den Haftbefehl „Verrat militärischer Geheimnisse“ als Grund drauf geschrieben. Das ist natürlich keine Rechenschaft, keine Angabe einer Tat!

Mit Schehr wurde Frau Marie Bohn, ebenfalls aus Hannover, aus dem gleichen Grunde verhaftet.

Seitens des Reichstags ist noch nichts veranlaßt worden, weil dem Reichspräsidenten Göring das vorgelegte Material noch nicht genügt.

Ein Fachmann über das Reichsgericht.

Von dem Richterverein am Reichsgericht geht der „Telegraphen-Union“ folgende Mitteilung zu: „Der Abgeordnete Dr. Marum hat in der Sitzung des Reichstags am 9. Dezember 1932 den deutschen Richtern und insbesondere dem Reichsgericht vorgeworfen, daß sie bei ihrer Rechtsprechung mit zweierlei Maß mäßen, je nach der politischen Stellung des Angeklagten, und in diesem Zusammenhang sich dazu hinreißen lassen, von einzelnen dem Reichsgericht angehörigen oder bei ihm wirkenden Personen zu behaupten, sie beugten bewußt das Recht und begünstigten Beschuldigte. Obgleich der Reichspräsident den Abgeordneten Dr. Marum wegen dieser Vorwürfe gegen das Reichsgericht zurechtgewiesen hat, hat es Dr. Marum unterlassen, sie zurückzunehmen. Der Vorstand des Richtervereins am Reichsgericht nimmt deshalb Anlaß, seinem tiefen Bedauern darüber Ausdruck zu geben, daß der Abgeordnete Dr. Marum unter dem Schutz der Immunität es gewagt hat, die deutschen Richter und den höchsten deutschen Gerichtshof in dieser unverantwortlichen Weise zu schmähen und weist die von dem Abgeordneten Dr. Marum erhobenen unerhörten Beschuldigungen mit Entrüstung zurück.“

Marum ist Reichstagsabgeordneter der SPD. Von Beruf Rechtsanwalt in Karlsruhe, war Marum 1918/19 badischer Justizminister und nach 1919 ehrenamtliches Mitglied des badischen Staatsministeriums.

16 Jahre unschuldig im Zuchthaus!

Unter diesem Titel erschien, herausgegeben vom Reichskomitee zur Rettung von Mooney und Billings, in zweiter Auflage die Broschüre über den Fall Mooney und Billings. Die 24 Seiten starke Broschüre enthält in gedrängter Form das gesamte Material über diesen Fall, der nur noch mit dem Justizmord an Sacco und Vanzetti verglichen werden kann. Ausführlich werden die geradezu ungeheuerlichen Einzelheiten angeführt, wie das „Beweismaterial“ zusammengefaßt wurde und die unwiderleglichen Unschuldsbeweise angeführt, die Mooneys und Billings' Unschuld beweisen. — Jeder, der an dem Schicksal der beiden Märtyrer Anteil nimmt, sollte diese Broschüre lesen und verbreiten. Sie ist für den geringen Preis von 10 Pfennigen zu beziehen durch das Verteidigungskomitee zur Rettung von Mooney und Billings, Berlin SW 68, Wilhelmstr. 135 I.

Für Freiheit der Freikörperkultur!

Der Hauptausschuß des preußischen Landtages beschäftigte sich am Dienstag unter anderem mit einem sozialdemokratischen Antrag, der das Staatsministerium ersucht, die Durchführung des vom Reichskommissar herausgegebenen Erlasses gegen die Nacktkulturbewegung auszusetzen. Der Hauptausschuß nahm den Antrag in der Fassung an, daß das Staatsministerium ersucht wird, die Durchführung des Erlasses über die Schließung der Freikörperkulturschule Adolf Koch und ähnlicher Anstalten auszusetzen und mit Rücksicht auf die den Instituten erwachsende wirtschaftliche Schädigung und eine notwendig werdende Umstellung Verhandlungen mit dem Ziele der Weiterführung dieser Schulen aufzunehmen.

Staatsgerichtshof gegen Nazis.

In der verfassungsrechtlichen Streitsache der SPD-Fraktion des preußischen Landtages gegen den Präsidenten des preußischen Landtages, den Nationalsozialisten Kerrl, verkündete Reichsgerichtspräsident Dr. Bumke namens des Staatsgerichtshofes am Dienstag mittag folgende Entscheidung:

Nach Artikel 17, Absatz 3, Satz 2, der preußischen Verfassung durfte der Präsident des preußischen Landtages auf Verlangen der Sozialdemokratischen Fraktion vom 3. August 1932 den Landtag nicht erst zum 30. August einberufen.

In der Begründung dieses Urteils des Staatsgerichtshofes heißt es unter anderem: Der Landtagspräsident durfte unter keinen Umständen aus politischen Erwägungen heraus, wie er das zugibt, die Einberufung verzögern. Artikel 17, Absatz 3, Satz 2 der preußischen Verfassung stellt die Auffassung der parlamentarischen Minderheit über die Zweckmäßigkeit der Einberufung des Landtages ausdrücklich vor die Meinung des Präsidenten. ... Nach Artikel 17, Absatz 3, Satz 2 der preußischen Verfassung muß der Landtag einberufen werden, wenn mindestens ein Fünftel seiner Mitglieder es verlangt. In seiner Entscheidung vom 12. Februar hat der Staatsgerichtshof ausgesprochen, daß diese Pflicht nicht nur besteht, wenn die Landtagssitzung geschlossen ist, sondern auch, wenn der Landtag sich nur vertagt hat.

Klage der NSDAP vom Reichsgericht abgewiesen.

In der verfassungsrechtlichen Streitsache der Fraktion der NSDAP im preußischen Landtag gegen den preußischen Landtag, angestrengt mit dem Ziele, die im April 1932 erfolgte Umgestaltung des § 20 der Geschäftsordnung des preu-

bischen Landtages (die Wahl des Ministerpräsidenten betreffend) für verfassungswidrig zu erklären, verkündete Reichsgerichtspräsident Dr. Bumke namens des Staatsgerichtshofes am Dienstag folgende Entscheidung:

Die Anträge werden zurückgewiesen. Die Abänderung des zweiten Satzes des Absatzes 2 des § 20 der Geschäftsordnung des preußischen Landtages, wonach eine Stichwahl bei der Wahl des Ministerpräsidenten nicht mehr zulässig ist, ist demnach vom Staatsgerichtshof als der Verfassung entsprechend bezeichnet worden.

Aus der umfangreichen Urteilsbegründung: § 20, Absatz 2 der Geschäftsordnung des preußischen Landtages vom 24. November 1921 regelt die Wahl des Ministerpräsidenten. Am 12. April 1932 beschloß der Landtag den zweiten Absatz zu streichen. Die Möglichkeit der Stichwahl wurde damit ausgeschlossen. Die Antragstellerin, die nationalsozialistische Fraktion, behauptet, jede Geschäftsordnung binde nur den Landtag, der sie erlassen habe. Diese Annahme ist nicht zutreffend.

Verwarnung des „Proletariers“.

„Der Proletarier“, das Organ des Fabrikarbeiterverbandes, teilt in seiner Nummer vom 17. Dezember mit, daß es wegen eines Artikels mit dem Titel „Ist Deutschland ein Rechtsstaat?“ verwarnt wurde. Im fraglichen Artikel sei eine Beschimpfung der Reichsregierung enthalten. „Der Proletarier“ bemerkt zu der Verwarnung, daß die harte Sprache, die er mitunter führe, nicht verletzen oder beleidigen solle. Worauf es ankomme, sei, daß sie dem Recht diene. Auch durch Verbotandrohung wollen sich die Herausgeber des „Proletariers“ nicht beirren lassen.

Das Bodenmonopol ist schuld!

1. Berlin.

Ein ökonomisches Nachwort zum BVG-Streik.

Bei dem Streik der 22 000 Berliner Verkehrsarbeiter bei der BVG war der Streik-Gegenstand: 2 Pfennig Stundenlohn. Die BVG hat, wie die Wochenschrift „Bodenreform“ mitteilt, beim Erwerb von Grundstücken für die neuen Anlagen der U-Bahn 80 Millionen Mark mehr bezahlen müssen, als der Steuerwert der betreffenden Grundstücke ausmachte. Wenn eine Enteignung dieser Grundstücke zum Steuerwert möglich gewesen wäre, so hätte die BVG heute 80 Millionen Mark weniger Schulden. Bei Zugrundelegung eines Zinsfußes von 6 Prozent hätte sie jährlich 4,8 Millionen Mark weniger Zinsen zu zahlen als heute. — Eine große Frage ist außerdem, ob nicht der Bau mancher kostspieliger und nicht rentabler U-Bahn-Linien überhaupt ein Tribut an Bodenspekulanten war. Wären sie gebaut worden, wenn das nicht dazu gedient hätte, das Terrain von Bodenspekulanten zu „erschließen“, das heißt: teuer verkäuflich zu machen?

Selbst wenn wir nur jene 80 Millionen Mark Tribut der BVG an die Bodenspekulanten berücksichtigen, so ergibt sich: Unter sonst gleichen Umständen hätte die BVG ihren 22 000 Arbeitern eine

Lohnerbhöhung von je 8 Pfennig in der Stunde statt einer Lohnsenkung von 2 Pfennig

in der Stunde vorschlagen können, ohne daß das Geschäftsergebnis dadurch vorändert worden wäre. Denn jene 4,8 Millionen Mark Zinsen machen auf die Arbeitsstunde gerechnet rund 10 Pfennig aus! Rpt.

2. Hongkong.

In dem Reisebuch „Funkelnder Ferner Osten!“ von Richard Katz (Berlin, 1931, 299 Seiten, broschiert 4,05, gebunden 5,85 Mark), einem geschickten und interessanten, wenn auch nicht gerade tiefgründigen Buch, findet sich folgender aufschlußreicher Bericht:

„Hongkong ist eine der schönsten Städte der Welt, vom Hafen aus besehen wie vom Peak (dem Gipfel des Hongkong-Berges). Es übertrifft Neapel, hätte sich seine Architektur der Landschaft angepaßt.

Es leben etwa fünftausend Europäer in Hongkong. Die besiedeln gut zwei Drittel des bebaubaren Bodens. Ihre Parks und Klubs dehnen sich unbekümmert ins Weite, ihre Golf- und Cricket- und Tennisplätze beanspruchen Flächen, auf denen ganze Stadtviertel Raum fänden.

Nun, und im letzten Drittel des Hongkong-Areals wohnen eineinviertel Millionen Chinesen. In verwahrlosten Mietkasernen wohnen sie, mehrere Familien in einem Zimmer, in Bretterbuden und in Erdhöhlen. So karg ist der Platz im Chinesenviertel, daß sich zwei und drei Handwerker in einen winzigen Laden teilen. Blumenhändler und Fleischer arbeitet im selben kleinen Gewölbe, Schuster, Barbier und Leihgebostatter.“

Wenig Luft zum Atmen in den gelben Quartieren, und es wird ihrer immer weniger, seit monatlich drei- bis vier-tausend Chinesen zuwandern. (Der Sicherheit wegen, die der Boden einer britischen Kronkolonie vor dem so oft gebrand-schatzten Boden Chinas voraus hat.)

Die Engländer tun nichts für die Assanierung (Gesundung) der pocken- und syphilisverseuchten Chinesen-Viertel und nichts gegen die Zuwanderung. Solange die Europäer-Stadt gesund bleibt und Platz hat, interessieren sie sich nicht für die Eingeborenen.

Fünftausend Weiße beanspruchen doppelt so viel Platz als eineinviertel Millionen Gelbe.

Gelbe sind Menge, kalkuliert der Engländer, und Menge entscheidet nicht. Qualität entscheidet. Der schafft er Platz. Sich selber.“ K. H.

3. Sofia.

Wir entnehmen der Wochenschrift „Bodenreform“, was Bodenspekulanten in der Zeitschrift „Die Bauwelt“ (Heft 38) aus der Schule plauderten:

„Der König von Bulgarien besitzt in Sofia in sehr guter Lage ein sehr großes Gebäude, das vor dem Krieg für ein Königsschloß bestimmt war. Ohne daß die Absicht zu einem solchen Bau bestünde, wird jetzt von solchen Absichten viel gesprochen, angeblich von Eigentümern der gleichfalls unbe-

Ein seltener Fall.

Franz Oppenheimer: „Weder so — noch so. Der dritte Weg.“ Verlag Alfred Protte, Potsdam, 107 Seiten, Broschiert 2,50 Mark.

Wir empfehlen ein nationalökonomisches Buch, und zwar nicht wie kürzlich eines aus dem Jahr 1776, sondern ein solches erschienenenes. Ein seltener Fall! Was wir an diesem Buch auszusetzen haben, fällt gegenüber seinen Vorzügen so wenig ins Gewicht, daß wir hier darüber hinwegsehen wollen, bis auf einen einzigen Punkt, — und der betrifft den Verfasser nur mittelbar.

Noch einmal hat Franz Oppenheimer, mein alter und doch immer noch junger nationalökonomischer Lehrer, zur Feder gegriffen, um seinen Zeitgenossen zu sagen: *Ihr steht nicht vor der Wahl zwischen kapitalistischer und kommunistischer Wirtschaft; es gibt einen dritten Weg, den des liberalen — er sagt in der neuen Schrift: freiheitlichen — Sozialismus.* So viel zur Erklärung des Titels: „Weder so — noch so. Der dritte Weg.“ Einigo Abschnitte aus der Einleitung haben wir in Nr. 275 unter der Überschrift gebracht: „Das Wiederaufnahmeverfahren im Prozeß gegen die freie Konkurrenz.“

Oppenheimer betreibt das Wiederaufnahmeverfahren seit 1896, also seit nunmehr 36 Jahren. Eine lange Zeit! Aber er hat dabei den Mut nicht verloren. Er weiß, daß Anwälte der Wahrheit und des Rechts sich inmitten dieser Umwelt von Verbrechern und Gleichgültigen, in der wir leben, mit schier unerschöpflicher Geduld und zähestem Mut wappnen müssen. Er sagt dem Leser, er appelliert an „keine andere Autorität als seinen eigenen gesunden Menschenverstand“. Gut! Wir freuen uns, daß der Appell so warm, kräftig und überzeugend ausgefallen ist. Doch wir fügen

bauten Nachbargrundstücke. — Zur Unterstützung der Steigerung der Preise ist es sonst üblich, Teile des eigenen Besitzes zu stiften, zum Beispiel für Opernhäuser, zoologische Gärten, Sportplätze und dergleichen. Erfahrungsaustausch wäre auch hier förderlich.“

Wir sehen: Internationaler Erfahrungsaustausch ist auch unter den Gegnern der Bodenspekulanten nützlich!

4. Ostelbien.

Teures Siedlungsland.

„Wirtschaft und Statistik“ veröffentlicht die durchschnittlichen Kaufpreise der von den Siedlungsgesellschaften erworbenen Ländereien. Siedlungsland wurde von ihnen erworben zu folgenden Preisen pro Hektar:

1925	1102 Mark
1926	1002 Mark
1927	1079 Mark
1928	1113 Mark
1929	992 Mark
1930	925 Mark

Alles Geschrei über die Agrarkrise hat also nicht vermocht, den Preis für Siedlungsland wesentlich herabzudrücken. Da der Wert der bankerotten oder immer mehr dem Bankrott zustuernden Großbetriebe natürlich tatsächlich von Jahr zu Jahr gesunken ist, ergibt sich aus unserer Tabelle, daß ihnen

von Jahr zu Jahr eine höhere Subvention in Gestalt hoher Bezahlung von Siedlungsland

gegeben worden ist.

H. H.

Es gibt noch gutgehende Unternehmungen.

17. Liste.

	Dividende auf das Stammkapital	
	1931	1932
	(in Prozenten)	
Deutsches Gewerbehause A.-G., Berlin	—	7
Brauhaus Nürnberg A.-G.	10	7
Allgemeine Glas- u. Elektrizitäts-Gesellschaft, Bremen	—	7
A.-G. Paulanerbräu, Salvatorbräu u. Thomasbräu, München	8	8
Pfeifer & Langen A.-G., Köln	10	8
A.-G. für Filmfabrikation, Berlin	8	8
Süddeutsche Zucker A.-G., Mannheim	8	8
Neumeyer, Nürnberg	12	8
Trachenberger Zuckersiederei, Trachenberg	0	8*
Brauhaus Würzburg A.-G., Würzburg	8½	8*
Hofbräuhaus Coburg A.-G., Coburg	9	9*
Deutsche Gold- u. Silberverhelfenanstalt, Frankfurt a. M.	10	9
Aktienbrauerei zum Löwenbräu, München	10	10
Magdeburger Mühlen	10	10
J. Eichenberg A.-G., Berlin	12½	12*
Berliner Kindl-Brauerei A.-G., Berlin	16	14

* Vorgeschlagen.

UNGARN

Entrichtung von Steuern in Ackerland: Die Steuerrückstände der Landwirte belaufen sich auf etwa 130 Millionen Pengö (75 Millionen Mark). Die Regierung hat sich bereit erklärt, von den Steuerschuldnern Ackerland in Zahlung zu nehmen, das Besitzlosen gegen eine mäßige Jahresrente überlassen werden soll. — Zur Nachahmung empfohlen!

Die Kosten der Subventionierung des Getreidebaues betragen jährlich 100 Millionen Pengö (rund 60 Millionen Mark), mehr als 12 Prozent der gesamten Verwaltungskosten des Staates.

DÄNEMARK

25 000 Kühe „abdeckermäßig vernichtet“. Um die Fleischpreise hochzuhalten, wurden 25 000 Kühe zu Schweinefutter verarbeitet. — Nach Weizen, Baumwolle, Kaffee werden nun auch noch lebende Tiere dem Wirtschaftswahnsinn geopfert.

hinzu: Dieser Appell genügt nicht zur Durchsetzung des als wahr Erkannten. Zum Erkennen muß kommen der Wille, und zwar der organisierte Wille zur Durchführung des als richtig Erkannten. An ihn appelliert die Partei, die für den „dritten Weg“ eintritt: der ISK.

Zurück zu Oppenheimers Appell an den gesunden Menschenverstand! Er führt dem Leser Seiten lang Tatsachen vor Augen, zunächst Tatsachen aus der Wirtschaft unter freier Konkurrenz. Er beschreibt die Versuche, solche Wirtschaften aufzubauen; er schildert den Zustand in den USA vor 1850, in Deutschland von 1000 bis 1370. Die Lehre aus diesem Abschnitt der deutschen Geschichte: „Wo jedermann Zugang zu freiem Land ohne wesentliche Kosten findet, herrscht bei völlig freier Konkurrenz die erstaunlichste Gleichheit der Einkommen und Vermögen, obgleich hier noch in Gestalt des ländlichen und städtischen Großgrundigentums und der fürstlichen Gewalten sehr starke Reste aus der Eroberungszeit vorhanden sind.“ (Seite 35.)

Es folgt die Beschreibung von Wirtschaften unter gefeßelter Konkurrenz, zunächst der deutschen Wirtschaft nach 1370, dann der Bodensperre von heute, wie sie besteht auf der Erde als Ganzem, in Deutschland, in Japan, in Nord- und Süd-Amerika, in Australien und Neuseeland. Seine Schilderung der kapitalistischen Wirtschaft schließt mit der Warnung vor einem neuen, noch viel furchtbarerem Weltkrieg, „der vielleicht ganz Europa in Schutt und Asche legen und damit die scheinbar unlösbaren europäischen Probleme der Zollpolitik, Minderheitenpolitik und Staatspolitik in grauenhafter Weise summarisch dennoch lösen wird“, wenn nicht inzwischen „dennoch die Einsicht sich durchsetzen sollte, wo die Wurzel aller Uebel steckt“. (Seite 66.)

Dann kommt — nach den Worten des Verfassers — „ein wenig Theorie, ganz einfache schlichte, jedermann verständliche Wissenschaft“. Hier ist Oppenheimer eine wirklich einfache, jedermann verständliche Lehre von der Kon-

Steuern im Warenpreis.

Ohne daß wir es merken, zahlen wir als Konsumenten ständig Steuern: Umsatzsteuer, Verbrauchssteuern, Zölle. Diese Abgaben bringen dem Reich insgesamt 5 Milliarden Mark Einnahmen, während ihm die direkten Steuern (Einkommens-, Vermögens-, Erbschaftssteuer u. s. w.) nur 2,7 Milliarden Mark einbringen.

Wie groß die Belastung der Konsumenten durch indirekte Steuern ist, macht man sich nur selten klar. Dr. Kurt Schmidt berechnete vor kurzem in der „Kölnischen Volkszeitung“ (Nr. 303) folgende

Steueranteile an den Gesteungskosten:

Glühbirnen (25 Watt)	11,38 %
Vollbier	12,41 %
Schaumwein	16,23 %
Zucker	20,86 %
Spielkarten	22,— %
Zigarren	25,60 %
Zündwaren	26,16 %
Pfeifentabak	34,38 %
Zigaretten	44,20 %
Weingeist	67,64 %

Diese Sätze sind so hoch, weil die aufgeführten Waren nicht nur der Umsatzsteuer und einer Verbrauchssteuer unterliegen, sondern weil die Rohstoffe noch erheblich mit Zöllen belastet sind.

Die Berechnungen sind noch nicht einmal vollständig; sie enthalten nur die Reichssteueranteile. Zu ihnen kommen noch staatliche Belastungen (zum Beispiel die Schlachtsteuer) und städtische Steuerlasten (zum Beispiel die Biersteuer).

Alle diese Steuerlasten bedrücken die Reichen fast nicht und sind eine schwere Belastung der armen Konsumenten.

Selbst die Erwerbslosen werden, ohne daß sie das im einzelnen Fall merken, hoch besteuert —t.

Wohin mit der Wolle?

Millionen von Menschen in allen Erdteilen sind völlig unzureichend bekleidet. Und doch taucht das Problem auf: Wohin mit der Wolle?

In Neusüdwales, einem australischen Staat, hat man eine neue Verwendungsmöglichkeit gefunden. Man benutzt Wolle jetzt zum Straßenbau! Nach einer besonderen Behandlung ist sie so hart wie eine feste Masse, sodaß sie als Straßenoberfläche benutzt werden kann. Man hat Wolle sogar als Fundament für ein neues Schulgebäude benutzt. Der „Manchester Guardian“, dem wir diese Angaben entnehmen, rät dieser Schule, ihr Fundament zu Unterrichtszwecken zu benutzen und den Schülern so ein System drastisch zu erklären, bei dem viele Menschen in allen Teilen der Erde im kommenden Winter nicht abgestumpft und abgeküchelt werden und die Wolle zum Straßenbau verwandt wird.

Die einen werfen Baumwolle ins Meer, die anderen verbrennen Kaffee. Die Woll-Straße wird stehen bleiben als dauerndes Denkmal für den Wahnsinn des kapitalistischen Systems!

DEUTSCHLAND

Gegen den Fortschritt der Technik protestierten vor einiger Zeit die Solinger Rasierklingen-Produzenten, als bekannt wurde, die Deutsche Edelstahlwerke A.-G. in Krefeld könne mit Hilfe eines neu konstruierten Rasierklingen-Vollautomaten täglich 70 000 bis 80 000 Rasierklingen herstellen. Unter dem Hinweis, die Benutzung dieses Vollautomaten würde die Arbeitslosigkeit sehr vergrößern, haben die Rasierklingenhersteller den vorläufigen Verzicht der Deutschen Edelstahlwerke A.-G. auf die Eigenherstellung von Rasierklingen durchgesetzt. — Ein trauriges Zeichen für das heutige Wirtschaftssystem, daß technische Neuerungen nicht ausgenutzt werden, weil sonst die Arbeitslosigkeit vergrößert würde!

Solinger Rasierklingen-Industrie wandert ab: In England haben sich neuerdings sechs Solinger Firmen niedergelassen. Außerdem ist eine bedeutende Firma nach Cuba, eine andere nach Mexiko abgewandert, eine dritte beabsichtigt, ihren Betrieb nach Dänemark zu verlegen. — So sieht die Autarkie aus!

kurrenz und den Monopolen gelungen. Auf vierzehn Seiten steht sie leichter faßlich und auch weit besser als in vielen dicken Lehrbüchern.

Nächster Abschnitt: eine Widerlegung der bürgerlichen Erklärungen der Einkommensunterschiede, voll Hohn und Spott.

Letzter Abschnitt: Aktionsprogramm, der dritte Weg. Die bürgerlichen Revolutionen haben nur halbe Arbeit getan. Es galt zu beseitigen die Unfreiheit in Gestalt der verfassungsmäßigen Standesunterschiede, und die Bodensperre in Gestalt des massenhaften geschlossenen Großgrundigentums. Jene Revolutionen haben nur die Unfreiheit beseitigt. Es gilt, nun auch noch die Bodensperre zu zertrümmern.

Oppenheimer schreibt zu unserer Freude ganz eindeutig: „Zum Kampfe ruft dieses Buch auf. Falsch ist es und feige, auf die ‚Entwicklung‘ zu vertrauen. Es gibt kein Naturgesetz, kraft dessen Freiheit und Gleichheit ohne menschliches Zutun sich einstellen müssen. In der Natur siegt immer nur die stärkere Macht. Die stärkere Macht ist heute noch auf Seiten des Unrechts, dank der Zwitterkraft der Erbsitten. Es ist unsere Aufgabe, die stärkere Macht hinter das Recht zu bringen: durch Eintracht.“ (Seite 105.)

Hierin sind wir mit dem alten Kämpfer Oppenheimer ganz einverstanden. Auch wir kämpfen diesen Kampf. Als ein Mittel zur Schulung für diesen Kampf empfehlen wir die Lektüre der besprochenen Schrift. Den Kauf können wir leider nur dem zahlungsfähigen Leser empfehlen. Denn über die wertvolle Schrift des Vorkämpfers gegen die Bodensperre ist eine Buchsperre verhängt. Es ist bedauerlich genug, daß seine großen wissenschaftlichen Werke pro Band 20 bis 30 Mark kosten; es ist aber noch bedauerlicher, daß diese kleine Schrift von 107 Seiten broschiert 2,30 Mark kostet.

Wir sind gegen Boden- und Buchsperre!

Heilmut Rauschenplat.